

Bezugspreis: Für den Monat September 1922... M. 6,00

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 2. September 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Gegen die Teuerung.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am Freitag zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung Stellung genommen.

Hierzu schreibt der „Soz. Parlamentsdienst“: Die Reichsregierung war auf dem besten Wege, gegen Teuerung und Wucher vorzugehen. Ihre angekündigten Maßnahmen haben bei den breiten Volksmassen größte Sympathie gefunden.

Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschieden zugreift. Das Volk wünscht mehr als lediglich eine Ankündigung von Maßnahmen, die bisher nur auf dem Papier stehen.

Es ist auffallend, daß die nicht zu bestreitende augenblickliche Entspannung unserer außenpolitischen Lage, die eine Rückwirkung auf den Dollarkurs haben mußte, sich bisher noch nicht auszuwirken vermochte.

Überall, wo der aufmerksame Beobachter hinsieht, melden sich die gleichen Zeichen. Es gibt leider bei uns eine ganze Schicht von Menschen, die über die Möglichkeit, daß die Mark in der Lage ist, etwas zu steigen, nicht allzu sehr erfreut sind.

Eine selbstverständliche Auswirkung der Erleichterung unserer Lage muß ein Heruntergehen der Preise aller Lebens- und Nahrungsbedürfnisse werden.

Deutsch-belgischer Zwischenfall.

Brüssel, 1. September. (E.E.) Eine amtliche Mitteilung besagt: Heute um 3.30 Uhr morgens wurde in Obercassel ein belgischer Posten durch Revolvergeschosse getötet, ein Unteroffizier, der ihm zu Hilfe eilen wollte, ebenfalls erschossen.

Aus den vorliegenden Meldungen ist über das Motiv der Tat, über die Täter und über die näheren Umstände nichts Sicheres zu erfahren. Es bedarf einer besonderen Versicherung nicht, daß ein Mordverbrechen, wenn ein solcher begangen wurde, gleichgültig an wem er begangen wird, härteste Mißbilligung findet.

Preistafeln im kleinsten Gemüseladen eine Art Meldestelle für Börsennotierungen geworden, die den stündlich wechselnden Dollarkurs wiedergaben. Mögen sie jetzt auch ehrlich widerspiegeln, was tatsächlich geschehen ist.

Es wäre dennoch falsch, immer wieder alles Heil von der Reichsregierung zu erwarten. Es bleibt die hohe Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Vertretungen des leidenden Teils unseres Volkes, mit den Behörden Hand in Hand zu arbeiten, nötigenfalls sie auch mit einem etwa notwendigen Zuwachs an Energie zu unterstützen.

Die Unzufriedenheit der Leitungen der Arbeitnehmerverbände ist wahrlich kein Uebermut. Sie haben oft genug bewiesen, wie ernst es ihnen um das Allgemeinwohl ist. Wenn sie jetzt dringlich werden, so ist das ein Zeichen für die verzweifelte Lage der Millionen, die sich willig und auch in schwierigsten Zeiten ihrer Führung bisher immer wieder anvertraut haben.

Wie weit ist der Kampf gegen Teuerung und Wucher?

Ein Vertreter der SPD. hatte heute Gelegenheit, den Reichswirtschaftsminister Schmidt zu fragen, wieweit die Maßnahmen der Reichsregierung zum Kampf gegen Wucher und Teuerung gediehen seien.

Soweit das Reichswirtschaftsministerium allein zuständig ist, sind die notwendigen Maßnahmen bereits erfolgt. Die Verordnung über die Erhöhung der Zuschlagabgabe — allgemein 60 Proz. Zuschlag auf die bisherige Zuschlagabgabe — ist ergangen.

Einfuhrverbote für Tabak und alle seine Nebenprodukte, ebenso für Hummern, Kakaochalen und Kakaoöl.

Was die Einfuhrverbote anbetrifft, so bleibt die Einfuhr von Kakaobohnen frei. Die Einfuhrverbote für Tabak ist natürlich nicht als dauernd gedacht. Sie wird aufgehoben, sobald die außerordentlichen Zollerhöhungen in Kraft getreten sind, die wir für notwendig halten.

Auf dem Gebiet der Ernährung steht zunächst der Ge-

treibeumlagepreis wieder zur Entscheidung. Der Kartoffelpreis erscheint gegenwärtig angesichts der günstigen Ernterwartungen nicht übermäßig hoch.

eine gewisse Sicherstellung des Kartoffelbedarfs bedeuten.

In der Bierfrage hat kein deutscher Bundesstaat gegen die Herabsetzung der Stammwürze grundsätzlichen Einspruch erhoben. Bayern wünscht nur eine Ausnahme für sein Exportbier; für den inländischen Verbrauch innerhalb Bayerns ist es mit der Herabsetzung der Stammwürze auf etwa 8 Proz. einverstanden.

Auch gegen Wucher und wucherartige Preiserschöpfung sind an sich die gesetzlichen Bestimmungen sehr genau. Die Vertreter des Einzelhandels sind bei mir gewesen und haben nachzuweisen versucht, daß der Kleinhandel den Indegpreisen sogar nachhinkt.

Rückkehr zur Zwangswirtschaft unvermeidlich

Leider läßt sie sich wohl für diese Kampagne nicht mehr durchführen. Immerhin kann das Reich das Zuckermonopol verpflichten, Vitor- und Schokoladenfabriken und dgl. nicht mehr mit inländischem Zucker zu versorgen.

Nach gar keine Entscheidungen sind auf dem finanzpolitischen Gebiet gefällt. Und doch liegen gerade hier die wichtigsten Entscheidungen. Wir haben zuerst eine Flucht aus der Mark in die Ware erlebt. Dann sind die deutschen Industrie- und Kaufleute direkt aus der Mark in die fremde Devisen geflüchtet.

Die Widerstände gegen die Devisenkontrolle sind allerdings sehr stark.

Das Devisengeschäft ist jetzt ein Hauptgeschäft der Banken geworden, und sie erklären jede Devisenkontrolle für unbrauchbar. Ich bin überzeugt, daß meine Kreise der Industrie und des Handels innerlich ganz anders zu der Frage stehen.

Außer der Devisenkontrolle brauchen wir noch meiner Meinung nach kurzfristige Goldschahwchsel, um der Flucht aus der deutschen Mark entgegen zu wirken.

Es muß auch den Millionen geholfen werden, die auf Konten und dergleichen angewiesen sind. Ihnen müssen wir nicht nur erhöhte Bezüge geben, sondern vor allem Sachleistungen, Massenspeisungen und Wärmestuben, und auf diese Weise ihre Konsumkraft künstlich erhalten.

Forderungen der Berliner Arbeiter.

Die gestrige Versammlung unserer Berliner Parteifunktionäre hat folgende Entscheidung gefaßt:

„Angesichts der immer mehr und mehr sich zu einer Katastrophe auswirkenden Teuerung aller Lebensmittel und der nicht gerechtfertigten — nur auf das Steigen des Dollars gestützten — massenhaften Verteuerung aller sonstigen Gebrauchsgegenstände — insbesondere auch der reinen Inlandserzeugnisse — erhebt die Funktionäre der SPD. gegen diese willkürliche Heraushebung und einseitige Festsetzung der Preise, die einer unerhörten Bewucherung der münderbemittelten Bevölkerung gleichkommen und die Not zu einer Katastrophe gestalten, schärfsten Protest.“

Die Funktionäre verstehen nicht, daß ein Teil dieser Verteuerung zurückzuführen ist auf außenpolitische Vorgänge, für die ein Ausweis in sofortiger Erhöhung aller Löhne und Gehälter geschaffen werden muß. Die Funktionäre fordern daher sofortiges Eingreifen der Regierung zur Sicherstellung der notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände zu erschwinglichen Preisen.

Die Funktionäre schließen sich vollinhaltlich den Forderungen der Gewerkschaften an und fordern Parteivorstand und Fraktion auf, gemeinsam mit der U.S.P. und den Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Lebensmittelnot zu lindern und die Ernährung für die nächsten Monate, insbesondere für den kommenden Winter sicherzustellen.

Die Regierung wird aufgefordert, mit den Verbraucherorganisationen und den landwirtschaftlichen Verbänden Vereinbarungen über Lieferungen von Nahrungsmitteln usw. zu treffen. Soweit zur Sicherung der Ernährung öffentliche Bewirtschaftung erforderlich ist, ist diese ohne Verzug durchzuführen. Es kann nicht angehen, daß bei der gegenwärtigen Not einzelne Schichten der Bevölkerung sich auf Kosten der Allgemeinheit in unerschöpflicher und schamlosester Weise bereichern.

Die Funktionäre erkennen an, daß die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften und der Parteien ernsthafte Beachtung geschenkt und einige dieser Forderungen übernommen hat.

Darüber hinaus muß aber gefordert und erwartet werden, daß — soll das Schlimmste vom Volke abgewendet werden — unverzüglich alle Maßnahmen getroffen und durchgeführt werden, die die jetzt unerträgliche Lebensmittelnot beseitigen.

Die Funktionäre erwarten vom Bezirksvorstand, daß er bei allen in Frage kommenden Körperschaften in diesem Sinne wirkt und erforderlichenfalls in öffentlichen Versammlungen Bericht erstattet.“

Vorher hatte die Versammlung sich mit dem neuen Mietgesetz befaßt. Wir berichten darüber an anderer Stelle.

Das preussische Staatsministerium und der Kampf gegen die Teuerung.

Das preussische Staatsministerium befaßt sich in seiner heutigen Sitzung ausschließlich mit einer Besprechung der Maßnahmen, die als ausschlaggebend für eine Bekämpfung von Wucher und Preistreiberi auf dem Lebensmittelmarkt und bei den lebenswichtigen Bedarfsartikeln in Frage kommen. Als taugliche Mittel zur Durchscheidung der Bemühungen um die Sicherung der Volksernährung wurde u. a. angedeutet:

Wiedereinführung des vielerorts nicht mehr bestehenden Zwanges zur Preisauszeichnung sämtlicher Waren und besonders genauer Gewicht- und Preisbezeichnungen des Bodwerts in den Bäckereien.

Heranziehung der Konsumentkreise zur Kontrolle der Preise in den Geschäften und auch auf den öffentlichen Lebensmittelmärkten.

Man war sich weiter darüber klar, nach Möglichkeit die für das Publikum vielfach bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, daß Anzeigen wegen Preiswuchers auch sofort bei der richtigen Stelle angebracht werden können.

Die Notwendigkeit einer Einschränkung der Zahl der immer mehr überhand nehmenden Ausschankstätten von Weinen und Likören und vor allem die unbedingte Verweigerung von Konzessionen für die Neuerrichtung von Weinstuben, Döhlen und Bars wurde einstimmig anerkannt.

Ebenso setzte sich das Staatsministerium für den großzügigen und umfassenden Ausbau der für den Winter geplanten Volksküchen und Massenpeisungen ein.

An die Reichsregierung wird die Entregung gerichtet werden, zur Sicherung des Bedarfs der Bevölkerung an Zucker und Mar-

garine auch nicht vor den einschneidendsten Maßnahmen zurückzuschrecken, wie auch gegen den Austausch Deutschlands durch polenstarke Ausländer mit allen nur möglichen Mitteln einzuschreiten.

Das Ministerium des Innern wird bereits in diesen Tagen mit einigen unmittelbar vor dem Abschluß stehenden Beratungen an herantreten, die in der Richtung der in der Sitzung des Staatsministeriums diskutierten Vorschläge liegen und die u. a. auch den Anstieg der Schlemmerlokale erheblich einschränken werden. Ueberhaupt werden die Bestimmungen der geschlossenen Handlungen die nach Lage der Dinge und bei den schwierigen Verhältnissen die eine nichtstabilisierte Währung mit sich bringt, überhaupt zu schaffen sind.

Umbildung der öffentlichen Brotversorgung.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch die die öffentliche Brotversorgung auf die Minderbemittelten beschränkt werden soll. Durch diesen Entwurf werden, wie die „Dona“ erfährt, als nicht versorgungsberechtigt diejenigen Personen erklärt, deren Einkommen 1921 für Alleinlebende 30 000 Mark, für den Haushaltsvorstand 30 000 Mark und für jede weitere Person im Haushalt 10 000 Mark überstiegen hat. Wer nachweist, daß sein Einkommen 1922/23 das Dreifache des soeben angegebenen Einkommens nicht übersteigt, bleibt versorgungsberechtigt. Hiernach würde also eine Familie mit 2 Kindern erst bei einem Einkommen von mehr als 180 000 Mark im nächsten Wirtschaftsjahr von der öffentlichen Brotversorgung ausgeschlossen sein. Die große Masse der Angestellten und Beamten wird sich dennoch am Genus des Markenbrots erfreuen können. Das vielleicht auffällige Zurücktreten auf das Einkommen von 1921 erklärt sich aus dem Wunsch, eine fertige abgeschlossene Periode der Rechnung zugrunde zu legen. Nach der Verordnung wird den Kommunalverbänden freie Hand gelassen, wie sie den Ausschluß der höherbemittelten vom Anspruch auf das Markenbrot durchführen wollen. Zumist dürfte die Vorlegung der Einkommensteuerquittung für 1921 verlangt werden.

Heute ist das Markenbrot schon aus Qualitätsgründen eine Angelegenheit der Minderbemittelten, es erscheint reichlich fraglich, ob deswegen überhaupt noch solch komplizierte Berechnung der Bezugsberechtigung notwendig ist.

Milliarden für Sozialrentner.

Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen. Zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von 1 Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden, oder beide zusammen, sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens 1/2 der aufzubringenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner als bald verwendbar sind.

Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sind von 500 Millionen Mark auf 1 Milliarde Mark erhöht worden.

Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbekämpfte und Kriegserhinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für den Monat September um durchschnittlich 66% Proz. erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den August-Beträgen insgesamt um rund 140—200 Proz. erhöht sein werden. — Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbekämpften- und Kriegserhinterbliebenenfürsorge sind bereits von 500 Millionen auf eine Milliarde Mark erhöht worden.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Heraushebung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohns vorgezogen; außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze und einiger für die Berechnung der Leistungen maßgebender Beträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert werden.

Polizeipräsident Richter, der vorgestern in Bremerhaven abgefahren war, ist wegen der politischen Lage funktentelegraphisch zurückberufen worden und landete in Cherbourg, von wo er nach Berlin zurückkehrt.

Verbot der „D. A. Z.“

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik hat die Regierung die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf acht Tage verboten. Ursache des Verbotes ist ein Artikel in der Freitag-Morgenausgabe der D.A.Z. von Professor Paul Lensch mit der Ueberschrift „Keine Illusionen“ sowie ein weiterer Artikel in der Freitag-Abendausgabe „Unannehmbar und undisutabel“. Beide Artikel beschäftigen sich mit der Entscheidung der Reparationskommission und enthalten in diesem Zusammenhang schwere Angriffe auf die Reichsregierung. So sagt der Artikel Paul Lenschs, daß sich die Reichsregierung „durch ihre sprichwörtliche Unzuverlässigkeit im Ausland schon längst um allen Kredit und um alles Ansehen gebracht habe“. Weiter heißt es: „Das Kabinett Birth hat das Vertrauen des Auslandes nie befehen und das des Inlandes längst verloren.“

Wiewohl diese Angriffe außerordentlich schwer sind und mit Recht von der „Germania“ als ein „Dolchstoß“ in dem jetzigen kritischen Augenblick bezeichnet werden, möchten wir doch bezweifeln, ob ein Verbot auf Grund des Schutzes die richtige Abwehr bedeutet. Jedenfalls wollen wir uns, nachdem das Verbot erfolgt ist, während seiner Dauer nicht kritisch mit diesen Artikeln auseinandersetzen. Doch muß auf ihre tatsächliche Bedeutung mit einigen Worten hingewiesen werden. Die Artikel sind zweifellos keine Privatarbeit ihrer Verfasser, sondern im Einverständnis mit dem Herausgeber der „D.A.Z.“, mit Herrn Stinnes, geschrieben. In diesem Lichte gewinnen Sätze besondere Bedeutung, wie z. B. der: Es sei beinahe komisch, in der Aktion der Industrie eine Rettungsaktion zugunsten der deutschen Regierung zu erblicken. Damit legt Herr Stinnes seinen Kampf gegen die Erfüllungspolitik des Kabinetts Birth unentwegt fort, war der zweite Artikel bestätigt, in dem er die Entscheidung der Reparationskommission als unannehmbar und nicht einmal diskutabel bezeichnet und mit den Worten schließt:

In letzter Stunde aber haben wir neuerdings die Forderung aufzustellen, daß in der deutschen Politik alle Demagogen, Phantasten und Karren, daß alle vom Größenwahn befehenen Apostel neuer Wirtschaftslehren in den Schatten zurücktreten, aus dem sie zu Deutschlands Unglück in dunkler Zeit hervorgekommen sind. Sie haben das deutsche Volk in den Ruin geführt. Mögen sich Männer finden, die das Schlimmste abwenden, bevor sich die Tragik unseres Schicksals vollendet.

Das ist allerdings eine Kriegserklärung gegen die Regierung in der denkbar demagogischsten Form. Für den verschönderten Humor sorgt in dieser Situation allein die „Rote Fahne“, die ihrem Leitartikel über die Entscheidung der Reparationskommission die Ueberschrift gibt: „Stinnes triumphiert“.

Schutz der Republik in Braunschweig.

Braunschweig, 1. September. (M.) Die braunschweigische Staatsregierung hat eine neue Verordnung zum Schutze der Republik erlassen. Danach werden Regimentsfelnern und andere Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile bis auf weiteres verboten. Ausgenommen sind Veranstaltungen solcher Vereinigungen, die, wie der Reichsbund der Kriegsbekämpften, nicht wesentlich auf dem Grundsatz der Traditionspflege beruhen, sondern in der Hauptsache die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder bezwecken. In der Verordnung sind Strafen von drei Monaten bis fünf Jahren Gefängnis angehängt.

Zeugnis der rheinischen Polizeibeamtenschaft. Der neue Polizeipräsident von Halle a. d. S., Genosse Paul Runge, hat bei seiner Verabschiedung aus dem Amte des Kölner Polizeipräsidenten die Kölner Polizeibeamtenschaft gebeten, weiterhin für das Deutschtum in der Rheinprovinz zu wirken. Insbesondere sei die uniformierte Polizei in Köln berufen, das Ansehen des Staates hochzuhalten. Regierungsrat Albrecht erwiderte als Vertreter des Beamtenkörpers. Er gebe das Zeugnis, daß die gesamte Polizeibeamtenschaft dem Reich die Treue halten werde.

Die Büste Emils des Elften.

Sie stammte aus der feuchtschweißigen Zeit, da Herr Baldauf sein zehnjähriges Mitgliedsjubiläum im Gesangsverein „Blümlein blüht auf!“ feierte. Mit diesem Zeitpunkt hatte früher ein regelmäßig übendes und steuerzahlendes Mitglied Anwartschaft auf ein Bierseidel. Da man aber wußte, daß Familie Baldauf an germanischen Trinkgefäßen reich gesegnet war, mußte man „auf etwas anderes kommen“, auf etwas Neutrales, vielleicht auf etwas für die „gute Stube“. Damit wurde zugleich auch die Frau gewonnen und für die Zwecke des Vereins milder gestimmt. Man wußte, daß Frau Baldauf einen leeren Blumenständer, eine Art Paneehbrett besaß. Dort hatte einst die künstliche Palme gestanden, ehe sie der Sturm umwarf und zerbrach. „Gut, wir geben ihr eins aufs Paneehbrett!“ sagte man, „aber was?“ Die Fabrikanten der damaligen Geschmacksrichtung hatten zur Vermilderung des Kunstsinnes das Schreie getan, und man kaufte, wenn's nur glänzte und — billig war. So entschied sich die Kommission, die mit der Beglückung des Jubilars beauftragt war, für eine Kolossalbüste des das Fürstentum beherrschenden Regenten Emils des Elften.

Frau Baldauf war etwas enttäuscht, sie hatte einen Kronleuchter erwartet; der kam also erst beim 25jährigen Jubiläum. Emil der Elfte im Schmucke des Festweibchens a la 66 mußte sich 15 Jahre langweilen auf seinem Viedestal und bekam jede Woche einen flüchtigen Wächter mit dem Staublappen. Allmählich wurde auch er schodhaft und unzeitgemäß und wanderte hinaus in die Bodenkammer.

In der Zeit der Not, da die oberen Räumlichkeiten auf rechte Werte hin geprüft wurden, entdeckte man neben der Petroleumlampe auch Emil den Elften. „Daraus wird Geld gemacht!“ sagte Frau Baldauf, und da man im Städtchen keine deutschschöne Walfalla besaß, trug sie die Büste in einen Laden, an dem „Ein- und Verkauf“ zu lesen war. Dort lagen in schöner Eintracht Schuhe jeden Alters, falsche Delgemälde mit bayerischen Bergen, Zahnstifte und österreichische Federmägen nebeneinander und wurden zu höchsten Preisen verkauft. Ein solcher Händler schreckt vor nichts zurück, er blüht auch gefaßt, als Frau Baldauf Emil den Elften auf dem Landestisch enthüllte. „Haben Sie Bedarf?“ fragte sie kleinlaut. Der Trödler befaß sich die Angelegenheit fühl bis ons Herz hinan, guckte, bestaunte... „Der Kopf ist hoch!“ sagte er, „sonst könnte ich den Bronzewert bezahlen... 5 Mark will ich geben!“ Frau Baldauf graute vor dem langen Knebel. Sie strich die 5 Mark ein und verließ den muffigen Boden. Dann legte sie noch 3 Mark dazu und fuhr mit der Elektrischen nach Hause.

Das Berliner vor- und frühgeschichtliche Museum. Die vorgeschichtliche Abteilung der staatlichen Museen, wie die amtliche Bezeichnung dieser Sammlung immer noch lautet, führte früher in den unübersehbaren Hallen des Völkerkunde-Museums ein wenig beachtetes Dasein. Mit der Neugestaltung dieses und anderer Museen

ist nun eine neue Epoche auch für die reichen Schätze dieses wichtigen Zweiges unserer Sammlungen eingetreten. Unter der Leitung Prof. Schuchhardts ist der Umzug in die Neuaufstellung (im ersten Stock des ehemaligen Kunstgewerbemuseums) nunmehr glücklich beendet. Der Presse war am Freitag Gelegenheit gegeben, sich vom neuen Stand der Dinge zu überzeugen. (Die Eröffnung für das Publikum findet Sonntag, den 3. September statt.) In den weiten hellen Räumen bietet sich ein neues Museum dar, das für die Aufführung der Rollen von hervorragender Bedeutung werden kann und muß. In wohlgeordneten Gruppen wird hier die Geschichte der Menschheit entwickelt, von der zumeist keinerlei Ueberlieferung zeugt; was die methodische Arbeit der Ausgrabungen aus den ältesten Zeiten an erschlossen hat, wird hier vorgeführt: die wahre Geschichte der Menschheit, die Arbeits- und Kulturgeschichte ist. Von der ältesten Steinzeit bis ins vorrömische Zeitalter werden in übersichtlicher Gruppierung die Leitformen der Entwicklung geboten.

Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit! Welch eine mächtige Zeitspanne und welch ungeheuren Aufstieg schließen diese Namen in sich, die hier lebendig voranschaulicht werden! Welche Fülle von Typen und welcher Reichtum von einzigartigen Funden sind hier versammelt! Hausen Urzeitmenschen: der homo mousteriensis und aurignaciensis — Schliemanns und Dörpfelds Troja-Ausgrabungen, Birchows Sammlungen und nicht zuletzt die Ergebnisse von Schuchhardts Forschungen in Rumänien usw. sind hier zum ersten Male in würdiger und übersehbarer Weise ausgestellt.

Vieles bleibt noch zu tun, damit die Sammlung vollständig werde, sie muß noch viel profitieren von der Museumspolitik, die alles in leichtschöner Anschauung überleht, die Modelle rekonstruiert und neben den Längsschnitten Querschnitte verwendet. Aber die Grundlage ist gelegt, und Berlin ist um eine bedeutende Bildungsstätte reicher.

Eine eingehende Führung werden wir in einer der nächsten Nummern der „Heimwelt“ bringen und dabei neben der verdienten Anerkennung für die Leistung Prof. Schuchhardts weitergehende Wünsche vorbringen.

Lustspielhaus: „Die Schule der Kokotten“ von Paul Armont und Marcel Gerbidon. Die neue Saison, die alte Litanei. Die Szene wird nicht zum Tribunal, sondern zum Kokottenstübchen. Vorläufig zögert man noch, das Schlafzimmer oder die Badewanne auf die Bühne zu bringen. Wahrscheinlich wird nach der Fühler nach dem ausgestreckt, was die Theatergäste bei erhöhten Eintrittspreisen verlangen und bezahlen. Dabei ist dieses Stück, aus Paris bezogen, in ein jämmerliches Deutsch übersetzt, im ersten Akte ganz kurzweilig, im zweiten langweilig und im dritten trübselig von einer Moral und Sentimentalität, die jeder allen Kaffeeschwefelern zu Herzen geht.

Es handelt sich um die junge Dame, die aus der horizontalen Lebenslage Kapital schlagen und bis zum Gipfel ihres Berufes hinauf will. Das gelingt diesmal. Aus dem Kleinstädtchen wird die Inhaberin einer angenehmen Wohnung und des dazugehörigen Spenders. Noch weiter empor, und das Fräulein vom illegitimen Bett wird Schloßbesitzerin. Ja, ganz Paris kennt die Dame, sie hängt als Reflektor für Fußhalter in den Straßenbahnen. Der Präsident der Republik wird mit ihr speisen, und es heißt, daß er

sich der Frauengunst nicht mündlich ver sagt. Da überfällt die Moral das Kolottchen, das sich Baronin nannte. Sie hat sich von einem Jeronimonmeister für ihren Aufstieg drillen lassen. Jetzt wird der Meister ein Dualeist. Sie möchte dem Präsidenten einschleusen und wieder einmal fröhlich und frei auf dem Montmartre speisen. Es geht nicht. Für die Königin der Halbwelt gilt das gleiche Gesetz wie für die anderen Kronenträgerinnen. Sie weint, aber sie muß regieren. Wenig Lustigkeit, viel Schwafel und Schmerzhaftigkeit. Vier Dramatiserhände knüpfen. Vier Hände lasteten oft viel zu arg auf dem Fortgang des Spiels. Trotzdem dachten der Direktor und der Regisseur, der den teuren Kostüff schonte, und Frau Konstantin, daß eine Bombardier hier gegeben sei. Man denke: Von der Todesskulptur bis zum Ge-trüllere der vornehmen Dame und bis zum Geplärre der Halbweil-regentini! Nun ja, das innere Zeug und das Schneiderrinnenzeug der Frau Konstantin ist heiter, es reicht auch zum Erste, es wird virtuos gehandhabt. Doch nur die Virtuosität bleibt sichtbar. Das Ganze ist kaum zu ertragen. Nieten in dem Stück überall, Nieten auch in dem Spiel der Virtuosi, der es nicht gelingt, all die Schab-haftigkeit des geschickten und wieder plump gezimmerten Theaters zu verulken. Fräulein Via Eibenhäuß, Herr Kluber-tanz, Herr Schrotz und Herr Haase deffressieren sich auf den Pariser Ton. Es mußte nicht viel. Die Importe schmeckte nicht gut.

Eröffnung der Großen Volkoper. Die Große Volkoper, das Werk dreijähriger Arbeit an Propaganda und monatelanger Vorse-lorge für künstlerisches Gelingen, steht nun wirklich da. In schlimmster wirtschaftlicher Not ein milder Blitz. Ober des Volkes, der arbeitenden Menschen, derer, die nach Kunst und Musik hungern. Mit einem schönen Auffgang konnte die Direktion Lange im eigenen Haus (bisher Theater des Westens) den Geburtstag nicht feiern als mit einer „Freischuh“-Aufführung. Sie wurde mit Beifall aufgenommen und verdient als erste Leistung Respekt. Wieviel war zu arbeiten, wieviel einzelnes mußte berechnet, zusammen-gestellt, gedruckt und freigegeben werden, damit überhaupt ein Ensemble an Orchestermusikern, Chor, Solisten zustandkam. Vor dem Eindruck, daß das Werk steht, verstimmt im Augenblick kri-tische Stimme. Viel wird zu sagen sein über ein Solistenmaterial, in dem zunächst kaum ein Künstler von erstem, aber auch keiner von drittem Rang zu sein scheint, von einem Orchester, das an vielen Stellen noch schwächert, in mehr Perioden noch stumm und un-geduldig blieb, von einem oft allzu gemächlichen Tempo, an dem der treffliche Kapellmeister Höpfling nicht ganz unschuldig war, von allzu stilisierter Details der Regie. All dies soll nach der zweiten Vorstellung, dem „Lohengrin“, erneut befohrt und geprüft werden. Nicht die Nachstunde, sondern ein froher Tag soll die neue Stätte der Kunst und ihren Willen prüfen.

Am Dom beginnt Waller Fischer seine regelmäßigen Orgel-konzerte wieder am Donnerstag, den 7. Sept., abends 8 Uhr. Ent-nahme eines Programms (3 Mk.) berechtigt zum Eintritt.

An der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums (Prinz-Albrecht-Strasse 7a) sind neu angekauft Trude und Gendelchen, der „Kudol-tinischen Drucker“ Rudolf Koch und Rudolf Gerking in Offen-bach am Main, Zeugnisse neuer deutscher Buchkunst und Schönheitskunst. Unentgeltlich gedruckt verteilbar von 10—9 Uhr.

Sonntägliche Wanderziele.

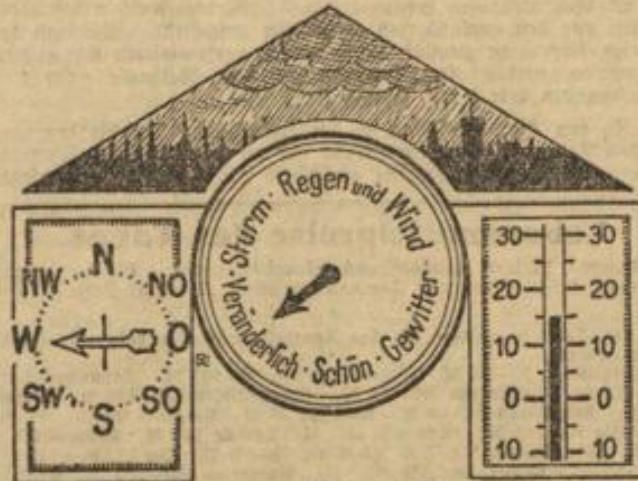
Das Hermsdorfer Fließ.

Dem Hermsdorfer Fließ, dessen unteren Lauf wir als Tegeler Mühlengraben bereits kennengelernt haben, gilt diese Wanderung. Vom Stettiner Vorortbahnhof fahnen wir mit den Vorortzügen der Nordbahn (Hermsdorf, Birkenwerder oder Dranienburg) bis Waldmannslust. Vom Bahnhof bringt uns die nach Lübars führende Straße zur Lübarser Ziegelei. Der hier abgebaute Ton ist Septarienton aus der Mitte des Tertiärzeitalters. Erdgeschichtlich sind diese Ablagerungen verhältnismäßig jung; sie gehören bereits der Neuzeit der Erdgeschichte an und werden von der Jetztzeit durch das Eiszeitalter getrennt. Immerhin sind aber einige Millionen Jahre vergangen, seit das Meer, das diese Tone absetzte, hier wogte. Wir wandern die Landstraße weiter. Links zieht sich das Tal des Fließes hin, dessen breite Sohle völlig eben ist. Rechts erstrecken sich ziemlich hoch ansteigende Bergketten, der ehemalige Uferstrand. Das eigentliche Fließ ist nur ein schwaches Rinnsal im Verhältnis zur Breite des Tals. Die Wasserflächen, die dieses Tal ausmachten, waren bedeutend mächtiger. Es waren die Schmelzwasser am Ende der Eiszeit. Ein starker Fluß zog zu jener Zeit durch das Tal, dem Berliner Urstrom zu, in den er bei Tegeler mündete. Als sich die Schmelzwasser verlaufen hatten, versiegte der Fluß, und die tiefste Stelle des Tals wird von dem Hermsdorfer Fließ durchzogen, das die Höher des Niederbarnim entwässert. Das Tal wurde in ein Moor umgewandelt, auf dem sich die Erde ansiedelte und Bruchwälder bildete. Heute sind diese Wälder ausgerodet und das Gelände ist in Wiesen umgewandelt worden. Nur an vereinzelten Stellen sind noch Teile des Erlentales erhalten geblieben. Diese Stellen sind zu nah und kommen für die Grasnutzung nicht in Frage. — Durch die jährliche Mahd wird es unmöglich gemacht, daß ein Baumbestand sich entwickeln kann. Wir sehen hier die gleichen Verhältnisse des Menschen hervorgerufen, die bei den großen Strömen (Weichsel, Warthe, Oder, Elbe usw.) durch den jährlichen Eisgang und das Hochwasser verursacht werden. Diese besorgen hier gewissermaßen eine natürliche Mahd, so daß sich natürliche Wiesen auf beiden Seiten des Stromes ausdehnen. An verschiedenen Stellen kreuzen sich Torfstiche aus. Dann grüht das freundliche Dörfchen Lübars herüber, das wir durchwandern. Jenseits führt der Weg am Talgrunde weiter. Aus den Hängen rechts vom Wege rieseln Quellen, deren Wasser sich nach kurzem Lauf mit dem des Hermsdorfer Fließes vereinigen. Auf dem jenseitigen Ufer zieht sich der Kinkel hin, ein schönes Waldgebiet, das wenig aufgesucht wird. Leider ist auch hier die Abholzung im Gange.

Der Weg steigt auf die Hochfläche hinauf; links unten im Tal liegt Schildow. Wir kommen auf die Liebenwalder Chaussee und können nun entweder links nach Schildow gehen, um mit der Kleinbahn über Reinickendorf—Kosenthal nach Berlin zurückzufahren, oder wir wandern rechts über Blankenfelde nach Nordend. Die Chaussee führt meist durch Rieselfelder wodurch das eigenartige Bild der hügeligen Landschaft stark beeinträchtigt wird. Von Nordend führt die Straßenbahn (Linie 47, 57) nach

Berlin zurück. Weglänge bis Schildow 10 Kilometer, bis Nordend 15 Kilometer.

Wie wird das Sonntagswetter?



Am letzten Sonntag war hoher Luftdruck von West- nach Mitteleuropa vorgedrungen, der Himmel klärte sich daher in Westdeutschland, dann östlich der Elbe ziemlich rasch auf und es wurde allgemein wärmer. Schon am Montag überschritten die Temperaturen westlich der Elbe vielfach 20 Grad Celsius und am Dienstag herrschte fast im ganzen Reiche trockenes, heiteres und für die Jahreszeit recht warmes Wetter. Im oberen Rheintal zeigte das Thermometer in den Mittagsstunden 20, am Mittwoch zu Magdeburg 31 und zu Halle sogar 32 Grad Celsius. Das Luftdruckhoch zog nun nach Osteuropa weiter und vom Ozean her folgte ihm langsam ein umfangreiches, weit nach Süden ausgedehntes Tief. Die Winde drehten sich nach Süd und es blieb zwar noch warm, aber die Bewölkung nahm in Westdeutschland allmählich zu. In der Rheinprovinz begann es zuerst zu regnen und dann breiteten sich die Regenschauer, die anfangs nur gering waren, ostwärts etwa bis zur Elbe hin aus. Als der südliche Teil des westlichen Tiefdruckgebietes nach der Nordsee vorrückte, entstanden an seinem Südostende flache Teiltiefe, die durch Mitteleuropa nach der südlichen Ostsee weiterzogen. Infolgedessen drehten sich die Winde im Westen mehr nach Südwesten und West und führten merkbare Abkühlung herbei, die sich langsam auf Ostdeutschland ausdehnte. Das Tief ist am Freitag nach Mitteleuropa gewandert und hat nunmehr auch in dem übrigen Teil Deutschlands Regenfälle hervorgerufen. Da es seine Lage zunächst nur wenig ändern dürfte, ist für die nächsten Tage mit überwiegend trübem, zu Regenschauern neigendem Wetter und mit weiterer Abkühlung zu rechnen.

selbe gilt von Hausbrand, dessen Kontingent von Jahr zu Jahr herabgesetzt werden mußte und weit unter dem normalen Bedarf liegt. Die Gaswerke sind auf diesen Zehntel ihres Bedarfs herabgedrückt und haben jetzt Vorräte für durchschnittlich nur 8 Tage. Ebenso schlimm steht's um die Eisenbahnen. Sie haben zurzeit von deutscher Kohle für 3 1/2 Tage, dazu von englischer Kohle für 6—7 Tage, das sind zusammen für etwa 10 Tage Vorrat, während zu ihrer Sicherung ein Vorrat für mindestens 21 Tage nötig wäre. Polen nimmt von seiner Förderung nicht nur ungewöhnlich viel Kohle für sich in Anspruch, sondern auch die besten Kohlenarten, Lokomotiv- und Gastohlen. Die Beeinträchtigung Deutschlands ist bei diesen Kohlen noch stärker als bei der Gesamtmenge. Aus Oberschlesien erhielten die deutschen Eisenbahnen 1922 im März 308 000 Tonnen, im Mai 309 000 Tonnen, im Juli nur 121 000 Tonnen. Auch die Preisbemessung ist sehr ungünstig. Die polnisch-oberschlesische Kohle kostete im August schon 215 Mark pro Tonne mehr als die deutsch-oberschlesische. Der Reichskommissar äußerte zum Schluß die Befürchtung, daß im Winter infolge Kohlenmangels auch Störungen in der Industrie eintreten könnten.

Maßnahmen gegen den Wucher.

Polizei zur Unterstützung der Käufer.

Gestern fand unter Vorsitz des Oberbürgermeisters im Berliner Rathaus eine Besprechung statt. Es wurde darüber beraten, durch welche Mittel der Wucherung und Ubertreibung vorgebeugt werden könne. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt. In den Markthallen werden besondere Ausschüsse angehängt werden; mit der Wucherabteilung des Polizeipräsidenten ist vereinbart, daß besondere Stellen zur Aufklärung und geeigneten Unterstützung des Publikums eingerichtet werden.

Bürgerliche Hausfrauen für Wucherfreiheit.

Der Hauptausschuß der Preisprüfstelle Groß-Berlin hat den Beschluß gefaßt, auf dem gesamten Warenmarkt die Wiederbeschaffungskosten für die Preisbemessung einzusehen. Dieser Beschluß, der den bestehenden Gesetzen und der Rechtsprechung des Reichsgerichts widerspricht, öffnet der Wucherfreiheit Tür und Tor, weil danach auch die älteste und am billigsten eingekaufte Lagerware zu den berühmten Tagespreisen bei der Wiederbeschaffung verkauft werden dürfte. Es kam dadurch zustande, daß die Vertreter der bürgerlichen Hausfrauenvereine, Frau Justizrat Rühfam und eine Frau Hauptmann Fied, mit den Unternehmern dafür stimmten, während die Arbeiter dagegen auftraten. Ein Vermittlungsvorschlag, wonach entsprechend der Rechtsprechung des Reichsgerichts Kaufpreise aus alten und neuen Preisen unter Zugrundelegung amtlicher Indizes ermittelt werden sollten, fand Ablehnung.

So begünstigen bürgerliche Konsumentenvertreter den Wucher, über den sie dann öffentlich jammern, indem sie ihre Beschüsse der Wuchererfolgung jede Grundlage entziehen. Es ist zu hoffen, daß die zuständigen Behörden gegen diese Art der „Wucherbekämpfung“ ganz energisch protestieren werden.

Wo der Zucker bleibt.

Der Preis des Zuckers hat eine schwindende Höhe erreicht, bei der es einem Angestellten oder Arbeiter unmöglich ist, ein Pfund dieses „Luxusartikels“ zu kaufen. Bekannt ist, daß Schokoladenfabriken und Likörfabriken große Mengen Zucker aufgekauft haben, wodurch die Zuckernappheit und die Preissteigerung noch verschärft worden sind. Erst kürzlich ist die Regierung entschlossen, eine Verringerung herbeizuführen, aber sie sollte schnell und energisch durchgreifen. Da ist z. B. die Likörfabrik C. A. F. Kahlbaum Aktiengesellschaft in Berlin, über die uns gemeldet wird, daß sie in ihrem Betrieb zu Eldershof circa 330 000 Kilo Zucker liegen hat. Dieser Zucker wurde zu dem billigen Preis von 15,57 Mk. pro Kilo eingekauft, hatte also damals einen Rechnungswert von über 5 Millionen Mark. Derselbe Zucker hat jetzt unter Zugrundelegung eines Kilopreises von 120 Mk. einen Gesamtwert von 40 Millionen Mark. Auch in Berlin lagert für die Firma noch ein kleiner Zuckervorrat, der billig gekauft wurde. Der ausgekaupte Zucker soll jetzt so schnell wie möglich eingekauft werden. Vom 31. August ab arbeiten drei Schichten — und das bei derselben Firma Kahlbaum, die erst vor kurzem Arbeiter entlassen hat! Die Hausfrauen stehen in Reihen an, um nur ein Viertelpfund des als Nahrungsmittel unentbehrlichen Zuckers zu erwerben. Dort aber

Kohlenforger.

Was wird der Winter bringen?

Der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Strug, gab gestern der Presse einige Auskünfte über die Schwierigkeit der Beschaffung von Kohlen für den kommenden Winter. Die Lage sei, versicherte er, in diesem Jahre noch sehr viel ungünstiger als im vorigen. Seine Ausführungen erstreckten sich nur auf die Frage, wie die Abtretung von Teilen Oberschlesiens an Polen die Versorgung Deutschlands mit ober-schlesischer Kohle beeinträchtigt.

Hunderttausend Kohlenruben gab es in ganz Oberschlesien — und neunundfünfzig davon fielen an Polen! Die bei Deutschland verbliebenen Ruben förderten im Jahre 1913 11 118 000 Tonnen, im Jahre 1921 aber nur 7 273 000 Tonnen. Die Förderung in ganz Oberschlesien ist ungefähr in demselben Verhältnis zurückgegangen: sie stellte sich in 1913 auf 43 801 000 Tonnen, in 1921 auf 29 668 000 Tonnen. Durch die Abtretung hat das Deutsche Reich drei Viertel der Kohlenförderung Oberschlesiens eingebüßt. Dieser Verlust bedeutet gegenüber der gesamten deutschen Kohlenförderung (ohne Saarbecken) etwa ein

Fünftel. Verloren ist auch der größere Teil der fiskalischen Ruben, deren Förderung von besonders guter Qualität war. Die im Verbleibenden polnisch-oberschlesischen seit der Abtretung eingetretene Unordnung hat dort Förderung und Versand stark gemindert. Die Förderung betrug 1922 in ganz Oberschlesien im März 3 194 000 Tonnen, im Mai 2 967 000 Tonnen, aber im Juli in polnisch-oberschlesischen 2 075 000 Tonnen, in deutsch-oberschlesischen 688 000 Tonnen, zusammen nur 2 763 000 Tonnen. Der Versand hat sich noch ärger verringert als die Förderung, so daß die Halbenbestände sich stark gemehrt und von Ende Mai bis Ende Juli fast verdoppelt haben. Am meisten hat der Versand nach Deutschland nachgelassen. Den gegen die deutsche Eisenbahnverwaltung erhobenen Vorwurf, daß sie die Wagengestellung lässig betriebe, erklärte der Reichskohlenkommissar für unbegründet. Uebrigens habe der Lokomotivbestand sich gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert. Durchaus unwahr sei, daß von Deutschland aus nationalen Gründen bei der Abnahme polnisch-oberschlesischer Kohle Schwierigkeiten gemacht werden. Wir nehmen, sagte er, von dort soviel Kohlen, wie wir kriegen können, auch die minderwertigen Kohlen. Denn im Osten ist der Kohlenmangel besonders groß! Die Ribenernte wird gut ausfallen, aber die Zuckerrüben sind fast noch ohne Kohlen. Auch die Kohlenlieferung für den Drusk ist noch sehr im Rückstand. Das

radikalen Jugendbewegung als Führer an. Sie unterschieden sich wesentlich voneinander. Der Schlosser, ein nachdenklicher Mensch, wog jedes Wort, das er sprach, mit schwerer Junge ab, der Tischler dagegen redete lebhaft und wenig durchdacht, er ließ sich keine Zeit und begleitete seine Rede mit heftigen Bewegungen seiner langen Hände. Der Schriftsteller hielt sich zurück, er galt zweifellos als Autorität, wurde im Streit der Meinungen oft als Schiedsrichter angerufen. Die ältere Frau, deren Mann heute nicht anwesend sein konnte, warf nur Brocken unverständlichen Münchener Dialekts in die Debatte, gewöhnlich dann, wenn Anna Westmann etwas gesagt hatte, was sie zu bekräftigen wünschte. Von den Mädchen sprach nur eine, die Schwester des Studenten, eine temperamentvolle Jüdin mit kurzgeschneitten Haaren. Hans merkte, daß sie viel mehr gelesen als verstanden hatte und daß sie nur soviel sprechen durfte, weil ihre Angeregtheit gut zu ihrem hübschen Gesicht stand. Das andere Mädchen, blond und stupsnäsiger, sagte nichts, aber sie lächelte viel und ohne Grund. Die ernsthaftesten Wortführer, Thomas Westmann und Andreas Pauli, gerieten oft scharf aneinander. Westmanns Art zeigte den Befehlen, er war eigenwillig, kräftig im Argument, kühn in der Behauptung und doch nicht ohne nüchternen Sinn für das Reale. Ihm stand der Jude Pauli ebenbürtig gegenüber. Florenz gegen den Säbel, beschlagen im Wissen, geschickt im Ausweichen, überlegen im Vorstoß, gewandt in der Formulierung. Der Streit ging um Sinn und Taktik der politischen Machteroberung. Hans kam es bei der Beobachtung des Disputes weniger auf den Stoff und das Ergebnis an, als auf die Methoden des Widerstreites, die wesentlich einfacher waren als die vor ihm vorgebrachten. Er hätte sich am liebsten mit dem Schlosser allein auseinandergesetzt, der seinem Wesen am nächsten kam. Eben begann er, diesem ein wenig zu sekundieren, als es klingelte und Frau Anna einen verspäteten Gast hereinbrachte, ein Mädchen in Dnsreders Aller, die allen anderen bekannt zu sein schien. Sie wurde Gerda genannt, nickte allen nur zu und blieb am Türpfosten stehen. Hans wurde von ihr erst bemerkt, als er ihr seinen Stuhl anbot. Sie schüttelte den Kopf und blieb stehen.

Hans Dnsreders Interesse an der Unterhaltung wurde schwächer, die Neugekommene reiste seine Aufmerksamkeit mehr. Sie trug ein schwarzes, einfaches Kleid mit weißem Kragen, in dem kleinen, blauen Gesicht zogen zwei schwarze mandelförmig geschnittene Augen durch ihren rätselhaften

Ausdruck leuchtend an. Ihre Stirn war rein und klar, darüber wölbte sich eine straff gebundene Fülle schwarzen Haares. Hans beobachtete sie lange. Sie blieb völlig unbewegt, nur ihre Augen gingen von einem zum andern. Nur Hans wurde übersehen, er merkte, daß sie seine Beobachtung gefühlt hatte und wandte die Augen von ihm ab. Als sein Blick sie wieder traf, hatte sie den ihren fest auf ihn gerichtet und wich ihm auch nicht aus. Im gleichen Augenblick spürte Hans, daß im tiefsten Grunde seiner Empfindungen ein Ton anklang, der ihn seiner Ruhe beraubte. Das fremde Mädchen hatte ihn gefangen. Noch einmal sah sie sich an und wußte Bescheid übereinander. Die ganze Gesellschaft verlor den Sinn für Hans, er erschraf, als die anderen zum Ausbruch rüsteten. Gerda ging als erste und allein. „Wir sehen uns wieder!“ sagte sie zu Hans mit einer Stimme, in der ein leises fernes Läuten war.

Es war ausgemacht, daß Hans bei Andreas Pauli im Zimmer schlafen sollte. „Vorher muß ich mit dir noch etwas reden.“ Der erste Ton, mit dem ihm Westmann das sagte, überraschte Hans. Sie gingen beide allein in das Arbeitszimmer zurück, wo der Rauch der Zigaretten um die Lampe schwebte.

Westmann faßte Dnsreders Hand und hielt sie fest. „Hans, wir kennen uns erst so kurze Zeit, doch es mir schmerzhaft ist, eine Forderung an dich zu stellen, die du leicht mißverstehen kannst.“ Hans sah ihn verständnislos an. „Ich weiß, was mit dir los ist. Ich gebe dir um deinetwillen den dringenden Rat, dich von dem Mädchen fernzuhalten!“

Stotternd fragte Hans: „Was — hast du — gegen sie?“ „Nichts — aber ich kenne sie. Sie ist nichts für dich. Sie ist schlimmer als Gift für dich. Sie wird dich aus allen Gelenken werfen; denn du bist kein Mann, sondern noch ein Jüngling. Du wärest nicht der erste, der an ihr zerbricht, doch wäre es um dich besonders schade. Versprich mir in die Hand, daß du sie meiden wirst.“

Hans spürte das Hämmern seiner Schläfen und senkte den Kopf. „Run.“ „Ich kann es nicht versprechen.“ Westmann brannte sich eine neue Zigarette an und ließ im Zimmer auf und ab. „Da hat Zureden keinen Zweck.“ laute er halb laut, wie zu sich selbst. Dann blieb er vor Hans stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Ziller.

„Das ist meine Frau Anna,“ sagte Westmann fröhlich, „die sich darüber freut, daß ihr Mann wieder heimgefunden hat — und das ist ein neuer Freund, Hans Dnsreder, ein Wandersmann noch jung an Jahren. Wir fragen beide um einen warmen Kaffee und hoffen, daß sich die gnädige Frau unserer erbarmen wird.“

Anna Westmann verschwand lachend in der Küche, wandte sich in der Tür aber nochmals um und sagte ernsthaft mit den Augen zwinkernd: „Man streicht sich aber die Füße ab, wenn man zu seinen Herrschaften kommt.“ Sie war im Rechte; es wurde kehrt gemacht und das Veräumdete nachgeholt. Dann verfügten sich die beiden Männer in Westmanns Arbeitszimmer, wo es Hans schwer wurde, seinen Blick von den Hunderten von Büchern abzuwenden, die sich in einem riesigen Regal aufrehten.

„So, mein Junge,“ mahnte Westmann nach dem Essen, „setz dich hier ein wenig langlegen und ausruhen. Gegen Abend kommen unsere Freunde, dann werde ich dich wecken. Damit du ungestört bist, leg dich in das Zimmer von Andreas Pauli, das ist einer unserer Kameraden, ein Student, der bei uns wohnt.“ Westmann öffnete ein Gemach, das durch herabgelassene Jalousien verdunkelt wurde, Hans legte sich auf das Sofa und schief ein.

Als ihm Licht zwischen die geschlossenen Lider drang, schlug er die Augen auf und sah einen langen jungen Mann, der ihm zunickte und höflich fragte: „Habe ich Sie gestört?“ Hans spang verlegen auf. „Andreas Pauli ist mein Name. Thomas hat mir schon von Ihnen erzählt. Drüben ist schon die Gesellschaft beisammen und ich bin gekommen, Sie herüberzuholen.“ Sie schüttelten sich die Hände; Hans wusch sich noch die Augen aus, dann gingen beide zur Gesellschaft hinüber. Es waren acht Leute da, zwei Arbeiter, ein Student, ein bekannter volkswirtschaftlicher Schriftsteller, zwei junge Mädchen und eine ältere Frau. Westmann war gerade dabei, eine Menge Zigaretten zu stopfen. Hans beteiligte sich nicht an den lebhaften Gesprächen, er begnügte sich damit, die einzelnen Menschen zu beobachten und kennenzulernen. Die beiden Arbeiter, ein Schlosser und ein Tischler, gehörten der

werden hunderttausende Kilo zu Bier verarbeitet. Das kann ein profitables Geschäft für Kohlbaum werden. Unter den Arbeitern der Firma herrscht, wie man uns sagt, starke Erregung über diese Zukunftsfrage.

Fruchthonig mit Bienenhonig und Ananas.

In den Kampf zwischen Bienenzüchtern und Kunsthonigfabrikanten leuchtet ein Begehren der Gelfern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg gegen den Kunsthonigfabrikanten August Zimmer wegen Nahrungsmittelerfälschung verhandelt wurde. Unter der Bezeichnung: „Fruchthonig mit Bienenhonig und Ananas“ hatte Z. ein Erzeugnis in den Handel gebracht, das in der Hauptmasse aus Ingwerzucker, einem Brozentrug Bienenhonig und Ananasfrüchten bestand. Hiergegen war von den Bienenzüchtern Strafantrag gestellt worden, da es sich um eine Verfälschung des Substantums handelte, weil mit dieser Bezeichnung beim Käufer die Vorstellung erweckt würde, daß er reinen Bienenhonig mit Früchten kaufe. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Bahn, überzeugte das Gericht, daß durch die Signatur des Erzeugnis hinreichend als in der Hauptsache aus Kunsthonig bestehend gekennzeichnet sei. Aus diesem Grunde wurde der Angeklagte freigesprochen. Die Amtsverwaltung verzichtete auf das Rechtsmittel der Berufung. Es sei aus diesem Anlaß noch einmal darauf hingewiesen, daß das Gesetz nur zwei Bezeichnungen kennt, nämlich „Honig“ und „Kunsthonig“, und daß nur naturreiner Bienenhonig als „Honig“ bezeichnet werden darf.

Die Vorgänge in Eberswalde.

Wieder völlige Ruhe.

Ueber die bedauerlichen Ausschreitungen in Eberswalde und den Zusammenstoß der Plünderer mit den Schutzpolizeibeamten, bei dem eine Person, ein Pöte Romanowski, getötet und zehn Personen verletzt wurden, wird polizeilichersseits noch berichtet:

Die Unruhen begannen bereits am Donnerstag vormittag gegen 8 Uhr, als mehrere Frauen aus dem Wochenmarkte Reden gegen die ungeheure Teuerung führten und dann einige von ihnen auch veruchten, die Marktstände zu stürmen. Die Erregung verbreitete sich unter der Bevölkerung immer weiter und wuchs von

Stunde zu Stunde. Abends gegen 10 Uhr begannen dann die systematischen Plünderungen der Bäckereien, Bäder- und Fleischläden, Buttern, Schuhwaren- und Kleidergeschäfte. Zunächst versuchten Beamte der Schutzpolizei von Eberswalde, die Ausschreitungen zu verhindern. Trotdem wurden eine ganze Reihe von Geschäften gestürmt und völlig ausgeplündert, so die Butterhandlung von Krüger und das Konfektionsgeschäft von Fein- tuch. Als dann die Plünderer gegen 11 Uhr in die Weinhandlung von Krüger eintraten, kam es zu dem Zusammenstoß mit den Schutzpolizeibeamten und zu der verhängnisvollen Schießerei. Auf das telegraphische Gerücht von dem Berliner Hauptkommando wurde von hier sofort eine kombinierte Hundertschaft mit Lastkraftwagen nach Eberswalde beordert. Sie brachte jedoch nicht mehr einzugreifen, da sich die Menge inzwischen zerstreut hatte. Die Berliner Beamten wurden zur Verstärkung der Straßenpatrouillen herangezogen. Außerdem wurden besondere Posten vor den geplünderten Geschäften aufgestellt. Während der gestrige Vormittag ziemlich ruhig verlief, verammelten sich gestern nachmittag wieder viele Frauen vor dem Rathaus. In den Abendstunden trat jedoch völlige Ruhe ein.

Zu den Mordüberfällen an der Hohenheide. Die bei dem vor einigen Tagen in der Grafenstraße auf die unerscheltete Zimmermann verübten Mordüberfall gleichfalls nicht unerheblich verletzte

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft reger. Fische gering. Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 70-90 M., ohne Knochen 90-105 M. Schweinefleisch 170-200 M. Kalbfleisch 70-118 M. Hammelfleisch 75-110 M. Linsen 250 M. Schellfisch 28-46 M. Kabeljau 55 M. Seelachs 40-50 M. In Eis: Aale 95-115 M. Hechte 74-95 M. Schleie 110 M. Pflitzen 25 bis 30 M. Labende Aale 115-130 M. Bleie 75-80 M. Eier 11,50-12,50 M. das Stück. Naturbutter 220-250 M. Margarine 150-200 M. Weizenmehl 45-58 M. Reis 48-60 M. Erbsen 50-55 M. Grapen 35-40 M. Kartoffeln 30-40 M. zehn Pfund. Weißkohl 4-5 M. Wirsingkohl 6 bis 7,50 M. Kohlrabi 10-20 M. die Mandol. Rotkohl 7 M. Grüne Gurken 10-16 M. das Stück. Mohrrüben 4-6 M. Steinpilze 20-25 M.

Frau Anna Kreibe konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Man ist darum auch weiter bemüht, ihren Aufenthaltsort festzustellen. Für die Klärung des ganzen Verbrechens, das immer noch in vollkommenem Dunkel gehüllt ist, hat die Behörde eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt. Gleichfalls hat auch der einlige Rädler vorher verübte Ueberfall auf zwei junge Leute in der Jahnstraße noch seiner Klärung. Auch für die Klärung dieses Ueberfalles ist eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt worden. Mitteilungen, die auf Wunsch auch streng vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Gahmig, Zimmer 45a des Polizeipräsidiums, entgegen.

Milchpreise. Von Montag, den 4. September ab, beträgt der Preis für Stutenmilch 30 M. je Liter, für freie Postmilch 34 M. je Liter. Die Preise sind für Kleinhandelsgeschäfte und Wmellwirtschaften (Molkereien) die gleichen. Die A-I- und A-II-Milchkarten werden wie bisher mit je 1/2 Liter, die B-I- und B-II-Milchkarten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je 1/2 Liter Frischmilch beliefert.

Eine folgenschwere Explosion hat, wie der Pariser „Matin“ meldet, in einer großen industriellen Anlage in der Nähe von Nancy stattgefunden, als Arbeiter damit beschäftigt waren, von den Schmelzfeldern flammendes Eisen in die Hochöfen zu bringen. Drei Arbeiter wurden getötet, fünf schwer verletzt. — In Paris sind an zwei Stellen Sprengkörper entdeckt worden. Auch auf dem Gleise der von St. Etienne nach Vun fahrenden Eisenbahn wurde ein Sprengkörper gefunden.

Brand dreier Fabriken. Die Kaiserapparatefabrik Lohrer, die Schuhfabrik von Klein und die Metallwarenfabrik Matbaei sämtlich in Offenbach brannten gestern bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden wird auf viele Millionen geschätzt.

Kriegsschiffe von einem Postdampfer gerammt. Nach einer Havensmeldung aus Buenos Aires hat der amerikanische Postdampfer „Legion“ auf der Fahrt von Rio de Janeiro nach New York beim Verlassen des Hafens mehrere Kriegsschiffe gerammt, die im Hafen vor Anker lagen. Dabei brachte er den Transportdampfer „Lyon Ardo“ zum Sinken und beschädigte vier Kreuzer. Auch der Kai wurde beschädigt. Ein Leutnant und mehrere Matrosen wurden verletzt.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Othello

Volksbühne
7 1/2 Uhr
Die Ratten

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Napoleon

Lessing - Th.
Sommerplatzzeit.
Abend 8 Uhr:
Der Schildpattkamm

Residenz-Th.
Täglich 8 Uhr:
Hanneles

Deut. Künstler-Th.
Sommerplatzzeit.
Abend 8 Uhr:
„Die erste Nacht“

Himmelfahrt
v. Gerh. Hauptmann
Carola Toelle
Sandrock, Becker
Sonnt. 6. Gläubiger

Komische
8 Oper 8
Nur noch bis
Sonntag, 3. Sept.
Der Meister
vom Montmartre

Trianon - Th.
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Das kleine
Schokoladenmädchen

Alt-Heidelberg
Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr:
Prinz von Juan

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Totentanz

Theat. a. Kottbus Tor
Moritzplatz 16077
jeden Abend 7 1/2 Uhr
und Sonntag
nachm. 3 Uhr

Totentanz
Paul Biensfeld
Sonnt. 4 Uhr kl. Pr.
Totentanz

Elite-Sänger
Volkspreise!
Vorvkt. 11-12 u. 4-6

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
5 1/2 Uhr: Die seltsame Heirat
7 1/2 Uhr: Die Liebesprobe

Central-Theater
U. Ein Prachtmädel
Deutsch Opernhaus
6. Tristan u. Isolde
Friedrich-Wilhelm Th.
10. Wie izalich
ich meinen Mann
Große Volksoper
im Theat. d. Wesens
7 1/2 Uhr: Der Freischütz
Intimes Theater
3. Die Peitsche und?
— Laut doch nicht
immer nackt herum
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Schule
der Kokotten
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Bajadere
Neues Operett.-Th.
7 1/2 Uhr: Die tolle Lola
Neues Th. am Zoo
8 Uhr: Scampolo
Neues Volkstheater
8 1/2 Uhr: Die erste Gelbe
Schiller-Th. Charl.
8 1/2 Uhr: Die kleine
Sünderin
Theater in Kottbus
Theater in Kottbus
Sonderabend 11-12 u. 4-6

Deutsch. Theat.
1 Uhr: Das Glas
Wasser
Sonntags 8: Das
Glas Wasser
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Die Jungfern
vom Bischofsberg
Sta. 7 1/2 Uhr: Die Jungs-
fernen vom Bischofs-
berg
Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Orpheus in
der Unterwelt
Sta. 7 1/2 Uhr: Orpheus
in d. Unterwelt
Theater l. d.
Königsplatz, Sir.
1. D. Wunderlich,
Geschichten des
Kapellm. Kreisler
Komödienhaus
8 Uhr: Karussell
mit Maria Orska
Berliner Theat.
Vorabend:
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Premiere
„Der Rumpelkuckuck“
Operette v. Schaefer
und Weidner
Musik von Leo Fall
Fritz Massary, v. A.
R. Roberts, E. Wit
Liliput, Chorleiter
E. Behmer, R. Holz
Lena Kolstein.
Casino-Theater
8 Uhr: Die Berliner
Lammelmanos
Bummelfahrt

Urania
8 Uhr:
Vom Fels zum Meer
SONATA
Täglich 8 Uhr
Internat.
Varieté
Sonntag 8.30 zu
halben Preis, das
volle Programm
Berliner Prater-Th.
Kastanienallee 7-9
Persönl. Gastspiel
Bernhard Rose in
„Nur nicht drängeln“
u. Das deutsch. Lied
Beginn 8 Uhr.

Sonntag, den 3. und 10. September, finden im Theater i. der Königsplatz Straße zwei Vorstellungen von Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler in gleicher Besetzung statt. Nachm. 3 Uhr (ermäßigte Preise) Abends 8 Uhr (gewöhnliche Preise)

Alhambra
am Moritzplatz
Paul Förster
Lehrbuch für die Oper
Ballett
Celly de Rheidt
tanzt den „Vampyr“
Das Intern. Programm
Volksop. Wagners „Götter und Titanen“

Pickel, Sommersprossen,
Philipp-Schälikur und Tutogen-Heutlichseife, danach kommt annutiere, junge, zarte Haut zum Vorschein. Laboratorum Dresden-Zschachwitz 146, in Berlin erhältl. bei Elephanten-Apotheke, Leipziger Str., am Dönhofsplatz.

Zinn
Cinnoufun
In der Cinnoufun arbeiten Dienste. Er ist billig und ohne Abgrenzung, bequem zu verwenden, leicht und beweglich. Eine H-Form, misst die Größe von 1 Fuß 3 Zoll.
Erhältlich in Kleinstmengen, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Weinberger Brunnenstr. 25
Detailverkauf von Herren-, Damenstiefeln und -schuhen zu Fabrikpreisen.

Kleine Anzeigen
Jedes Wort 10.-M. Das fettgedruckte Wort 12.-M. (Zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 7.-M., jedes weitere Wort 5.-M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe
Belhans Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft Spotbilde rechtliche Ansicht, Schilfer, Rosenkranz, Sportspiele, Schilfer, Hilde aller Art. Keine Versandware.
Belhans-Gelehrtenbücher, Hilde und Hilde aller Art enorm billig. Spitzer, Romanbantenstraße 28 II.
Gedragene Lebensansätze, große Auswahl, zum Teil auf Karte, sehr billig. Jede Karte enthält ein Bild. Keine Versandware.
Käfige, Sommerpaläste, Sommerhäuser, Coconets, Cotonons, Gehröckchen, Hosen, Damenmügel enorm billige Preise. Friedrichstraße, keine Versandware. Belhans Rosenkranz, Linienstraße 208/204, Gef. Rosenkranzstraße.
Käfige, Sommerpaläste, Sommerhäuser, Coconets, Cotonons, Gehröckchen, Hosen, Damenmügel enorm billige Preise. Friedrichstraße, keine Versandware.
Käfige, Sommerpaläste, Sommerhäuser, Coconets, Cotonons, Gehröckchen, Hosen, Damenmügel enorm billige Preise. Friedrichstraße, keine Versandware.

Möbel
Belhans Möbelgeschäft, Schöneberg, verkauft 128 1/2.
Belhans Möbelgeschäft, Schöneberg, verkauft 128 1/2.
Belhans Möbelgeschäft, Schöneberg, verkauft 128 1/2.
Belhans Möbelgeschäft, Schöneberg, verkauft 128 1/2.

Musikinstrumente
Belhans Musikinstrumente, verkauft 128 1/2.
Belhans Musikinstrumente, verkauft 128 1/2.
Belhans Musikinstrumente, verkauft 128 1/2.

Verschiedenes
Belhans Verschiedenes, verkauft 128 1/2.
Belhans Verschiedenes, verkauft 128 1/2.
Belhans Verschiedenes, verkauft 128 1/2.

Einrichter
Belhans Einrichter, verkauft 128 1/2.
Belhans Einrichter, verkauft 128 1/2.
Belhans Einrichter, verkauft 128 1/2.

Botenfrauen und Männer
Belhans Botenfrauen und Männer, verkauft 128 1/2.
Belhans Botenfrauen und Männer, verkauft 128 1/2.
Belhans Botenfrauen und Männer, verkauft 128 1/2.

Pariser Beschluß und Reichsregierung.

Die Entschiedenheit der Reparationskommission fordert von der Reichsregierung keine befristete Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung. Infolgedessen hat das Reichskabinett in seiner am Freitag vormittag abgehaltenen Sitzung beschlossen, zunächst die Rückfrage des Staatssekretärs Schröder aus Paris abzuwarten und erst auf Grund von Schröders Informationen über die Begleitumstände, die zu der Entscheidung führten, Beschluß zu fassen. Staatssekretär Schröder wird erst am Freitag vormittag in Berlin eintreffen. Sofort nach seiner Ankunft wird das Kabinett zusammentreten.

Bradbury hat nicht mehr erwartet.

Dem Pariser Berichterstatter der "Times" erklärte Bradbury, obwohl er im Interesse des deutschen Kredits einen unbedingten Aufschub vorgezogen hätte, so sei doch, wenn die notwendigen Vereinbarungen erzielt werden könnten, die für dieses Jahr notwendige Erleichterung gewährt. Er sei dankbar, daß zurzeit eine Regelung gefunden worden sei, um eine Verschlimmerung der Krise in der Reparationskommission und in Europa abzuwenden. Die Reparationskommission sei nicht mehr in direkter Weise an den Verhandlungen beteiligt, die in Berlin oder Brüssel stattfinden müßten. Belgien und Deutschland würden untereinander ein Abkommen zu treffen haben, wie die Schahbonds garantiert werden könnten. Es würde bedauerlich sein, wenn es notwendig wäre, Gold in auswärtigen Banken, in Kopenhagen oder Bern, zu deponieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde dies vermieden werden. Die Schahbonds sollten von Deutschland gesichert werden, und Deutschland werde einen Aufschub erhalten. Natürlich werde dagegen eingewendet, daß ein Teil der Goldreserve des Reiches verpfändet werden müsse. Aber er hoffe, daß diese Abmachungen keine große Beanspruchung dieser Goldreserve bedeuten würden. Wenn es notwendig sei, würde die Zustimmung der Reichsbank eingeholt werden müssen, im ganzen sei seiner Ansicht nach die Vereinbarung so befriedigend, wie man erwarten konnte.

Der französische Kabinettsrat.

Paris, 1. September (G.). Das amtliche Communiqué über den heutigen Ministerrat lautet: Nachdem die Reparationskommission Deutschland das erbetene Moratorium nicht gewährt, war der Ministerrat der Anschauung, daß er im Augenblick die Entscheidung der Kommission zur Kenntnis zu nehmen habe. Da Belgien gemäß seiner Vorzugsrechte die Gesamtheit der nächstfälligen Zahlungen zu erhalten hat und Belgien nicht nur selbst die von der Kommission angenommene Zahlungsweise gutheißt, sondern sie sogar in Vorschlag brachte, war der Ministerrat der Meinung, sich seine Handlungsfreiheit vorbehalten zu sollen, bis die in Aussicht genommenen Bedingungen erfüllt seien. Im Sinne des vom Ministerpräsidenten in London unterstützten Gedankens beschloß der Ministerrat, darauf zu dringen, daß baldmöglichst eine Konferenz zusammentreten soll, zu der alle Mächten ausgenommen beiseite gelassen werden sollen. Diese Konferenz soll die Frage der interalliierten Schulden und der Reparationen in ihrer Gesamtheit prüfen. Andererseits sollte der Ministerrat Beschluß über den Wortlaut der Antwortnote an Balfour.

Heinrich Dieck' Feuerbestattung.

Stuttgart, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Unter zahlreicher Beteiligung der Stuttgarter und auswärtiger Parteigenossen fand heute im Krematorium des Stuttgarter Friedhofes die Bestattung des Genossen Heinrich Dieck statt. Außer den Stuttgarter Parteigenossen waren Vertreter des Parteivorstandes, der württembergischen, der Augsburgener und der Wiener Parteioorganisationen anwesend.

Genosse Hildenbrand würdigte in einer längeren Ansprache das arbeits- und erfolgreiche Lebenswerk des Verstorbenen, seine beharrliche Arbeit unter dem Sozialistengesetz. Er hob insbesondere seine Verdienste um die Verbreitung der sozialistischen Literatur hervor. Reil gedachte in warmen Worten der Arbeit des Verstorbenen für die württembergische Parteioorganisation. Weis sprach im Namen des Parteivorstandes Worte der Dankbarkeit für die Lebensarbeit von Heinrich Dieck. Frohme dankte im Auftrage der Hamburger Genossen für die dortige Wirksamkeit des Verstorbenen. Crispian widmete für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands Worte des Dankes und der Anerkennung dem Förderer der wissenschaftlichen sozialdemokratischen Literatur.

Weitere Kranzniederlegungen folgten von dem Gesamtpersonal der Firma H. W. Dieck, von Albrecht für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, von Böhm für den Hauptauschuß der Stuttgarter Gewerkschaften und von Müller für die U.S.P. Württembergs.

Umrahmt war die Trauerfeier von Orgelvortrügen und Gesängen des Freien Volkshors.

Bayern vor dem Ueberwachungsausschuß.

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages begründete Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.P.) seinen Antrag auf Einberufung des Ueberwachungsausschusses. Rosenfeld ist der Auffassung, daß mindestens durch das Zugeständnis eines süddeutschen Sonderensatzes an Bayern Vereinbarungen getroffen seien, die den Bestimmungen des Gesetzes widersprechen. Das gleiche sei beim Reichsbeamtengesetz und ebenso beim Reichskriminalgesetz der Fall. — Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Dr. Benerle, erzählte von einer großen Aufregung, die in Bayern herrscht habe, als die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes bekannt wurde, und wußte noch andere Märchen aufzuspielen, nur nicht das mitzuteilen, was die Gesetzgebung zum Schutz der Republik voll rechtfertigt.

Reichsanwalt Dr. Wirth holte das nach, was Herr Benerle vergessen hatte. Er zitierte Stellen aus dem "Bayerischen Kurier", worin dem Minister Rathenau und ihm vorgeworfen wird, daß sie

Die Vollgewisierung Deutschlands im Auftrag von Moskau erstrebten

und lediglich aus diesem Grunde eine Entlassung der Konterrevolution im Sinne gehabt hätten. Außerdem zitierte der Reichsanwalt erlogene Einwände eines anderen Organs der Bayerischen Volkspartei gegen den Reichspräsidenten Ebert und den Minister Rathenau, indem er der Bayerischen Volkspartei gleichzeitig den guten Rat gab, auf die ihr nahelebende Presse mächtig einzuwirken. Im übrigen verwies Dr. Wirth auf den Ernst der gegenwärtigen außenpolitischen Lage, die wahrscheinlich auf lange Jahre hinaus entscheidend für die deutsche Nation sein werde. Was er mit Bayern vereinbart habe, werde lokal durchgeführt werden. Zum Schluß erklärte der Anwalt, daß die Vereinbarungen mit Bayern keinesfalls ein Aufgeben der Hoheitsrechte des Reiches oder eine Bevorzugung Bayerns gegenüber den anderen deutschen Ländern bedeute.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch verwahrte sich entschieden gegen die Behauptungen Rosenfelds. Die Schranken der Schutzgesetze seien in keiner Weise durchbrochen, und jeder Reservatpolitiker sei energischer Widerstand geleistet worden. — Reichs-

Das neue Mietgesetz.

Die gestrige Versammlung der Berliner Parteifunktionäre ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Genossen Verich durch Erheben von den Plätzen. Als Referent zu den

Mietengesetzen

führte Genosse Feigentrü aus: Die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt ist beibehalten worden. Die Spruchfähigkeit der Mieteinigungsämter ist leider nicht immer einheitlich gewesen. Das ist auf die Dauer unerträglich geworden. Das Reichsmietengesetz, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, soll hier Besserung schaffen. In Vorbereitung ist ein Mieterschutzgesetzentwurf und der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Wohnungslöser. Wenn nämlich der Mieter sich gegenüber dem Vermieter ungebührlich benimmt oder von der Wohnung keinen vernunftgemäßen Gebrauch macht, soll die Kündigung ausgesprochen werden können. (Zwischenruf: Kaufschuß! — Zustimmung.) Wenn der Mieter in Zahlungsvorzug geraten ist, soll der Vermieter berechtigt sein, die sofortige Auflösung des Mietverhältnisses zu verlangen. Wenn endlich der Vermieter nachweist, daß er ein überwiegendes Interesse gegenüber dem Mieter an den von diesem bewohnten Räumen hat, kann das Gericht die Kündigung aussprechen. Hier gibt der Entwurf dem Richter allerdings weiten Spielraum. So, wie der Entwurf ist, ist er für uns nicht annehmbar. Es ist ein großer Mangel,

daß der Entwurf bei Mietstreitigkeiten des Verfahrens vor dem Amtsgericht vorlieht. Was die Schöpfer dieses Entwurfs, die die Abneigung des Volkes gegen die ordentlichen Gerichte kennen mußten (Zustimmung), zu diesem Vorgehen veranlaßte, ist nicht bekannt. Der Redner empfiehlt die Schaffung von Wohnungsvollstreckungsgerichten. Wir haben großes Interesse daran, daß Einrichtungen geschaffen werden, die die Teilnahme des Volkes an unserem Rechtsleben ermöglichen. (Sehr richtig!) Eine beratungswerte Verwaltungsmassnahme der Stadt Berlin ist darin zu sehen, daß es möglich sein soll, gegen Sprüche der Mieteinigungsämter Einspruch zu erheben. Die einzelnen Mieteinigungsämter werden als Unterabteilungen des Zentralmieteinigungsamtes betrachtet, das sich vorbehält, die Spruchfähigkeit auf Antrag nachzuprüfen. — Der Glaube, daß durch das Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes alle übrigen gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben seien, insbesondere die des Bürgerlichen Gesetzbuchs, ist ein großer Irrtum. Das

Reichsmietengesetz

geht von der Grundmiete aus, die nach der am 1. Juli 1914 vereinbarten oder gezahlten Friedensmiete berechnet wird. Hier von werden 20 Proz. abgezogen, da sie auch Kosten für Wasser, Reparaturen usw. enthielt. Dazu kommen dann in Berlin 5 Proz. für die inzwischen erhöhten Hypothekenzinsen, ferner 50 Proz. für Betriebskosten, bzw. 65 Proz. in Häusern mit Warmwassererwärmung, und weitere 50 Proz. Zuschläge für Instandhaltung und große Reparaturen, die 50 Proz. nicht überschreiten dürfen. Diese gesetzliche Miete tritt nur da in Kraft, wo sie schriftlich gefordert wird. Für gewerbliche Räume und möblierte Zimmer sind besondere Zuschläge festgesetzt

worden. Das Gesetz sieht gesetzliche Mietervertretungen vor. Damit werden die Mieterrechte geschützt. Es ist dringend zu empfehlen, von dieser gesetzlichen Befugnis Gebrauch zu machen. Das Reichsmietengesetz ist ein Kompromiß, es stellt jedoch einen Fortschritt dar. (Zustimmung.) Es kann nicht nur darauf ankommen, die Mieten niedrig zu halten, sondern es müssen auch die Häuser in bewohnbarem Zustand bleiben. Die Hausbesitzer laufen nicht umsonst gegen dieses Gesetz Sturm. Wir müssen darauf achten, daß niemand eine Mietschuld, die nicht mit dem Gesetz im Einklang steht, wir müssen versuchen, möglichst zahlreich in den im Gesetz festgesetzten Schlichtungsstellen vertreten zu werden. Vor allem aber sollte jeder Mieter sich mit dem Inhalt des Reichsmietengesetzes vollkommen vertraut machen. (Beifall.)

Ueber die Verordnungen des Magistrats zum Reichsmietengesetz sprach Genosse Bürgermeister Ritter: Dem Hauswirt ist das absolute Herrscherrecht genommen und die Mitwirkung der Mieter festgesetzt. (Beifall.) Der Magistrat von Berlin ist nun verpflichtet, die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes vorzubereiten. Die politischen Analphabeten der "Roten Fahne" weisen immer auf den "sozialistischen Magistrat" hin. Es muß aber betont werden, daß wir noch in der Privatwirtschaft leben, und daß der Magistrat, in dem die Vertreter verschiedenster Parteien sind, mit einer Stadtverordnetenversammlung zu arbeiten hat, in der die Kommunisten fast immer mit den Deutschnationalen zusammenarbeiten. (Zustimmung.)

Die zur Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen eingesetzte Kommission hat den Wert eines von den Winderbemittelten bewohnten Lappenhauses zu 200 000 M. angenommen, für Reinigungsmittel 1000 M. pro Jahr berechnet, für die Reinigung 1320 M., Beleuchtung 3500 M. und für Müllabfuhr 4820 M., zusammen 11 020 M. Wenn man den Wert der Friedensmiete zu 14 000 M. jährlich annimmt, so wird sie durch diese sehr gering bemessenen Ausgaben fast gänzlich aufgezehrt. Der Magistrat erhält fast täglich Angebote, Häuser zu kaufen, weil es Hausbesitzer gibt, die sich nicht mehr halten können. Der Zustand der Häuser darf sich nicht dauernd verschlechtern. Die Erhöhung der Hundsteuer hat die Zahl der Hunde nicht vermindert. Es ist aber wichtiger, Wohnungen in Ordnung zu bringen, als Hunde zu halten. Der Grundbesitz unterliegt der Gefahr der Ueberfremdung.

Es ist unglaublich, wieviel Ausländer in Berlin Grundstücke erwerben. Nach der Statistik von 1920/21 haben 438 Ausländer in Berlin Häuser erworben. Es gibt eine Firma im Westen Berlins, die die Ausländer animiert, für ein Trinkgeld Häuser in Berlin zu erwerben. Dies hat der Magistrat bei den Ausführungsbestimmungen berücksichtigt. Es ist für die Portiers in den besseren Häusern gerade nicht sehr angenehm, daß der Oberpräsident die für sie vorgesehenen Abgaben gestrichen hat. (Zustimmung.)

Die Versammlung beschloß, in der Diskussion lebhaft eine Fragestellung zuzulassen, um so recht viele Genossen zu Worte kommen zu lassen. Auf die zahlreichen Fragen über die vielen Einzelheiten des Mietengesetzes ging Genosse Feigentrü in seinem Schlusswort ausgiebig ein.

Wirtschaft

Neue Erhöhung der Hypothekenzinsen.

Ein Anfang Juni in Kraft getretenes Gesetz sah die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen der Hypothekendarlehen und ähnlichen Kreditinstituten um 1/2 Proz. vor und gab dem Reichsrat das Recht, weitere Erhöhungen dieser Sätze zu genehmigen. Absicht dieser Maßnahme war, die Hypothekendarlehen für die Wertentwertung schädlich zu halten. Praktisch hatte sie eine Erhöhung der Hypothekenzinsen oder der mit ihnen verbundenen Beiträge zur Deckung der Verwaltungskosten zur Folge. Das Gesetz war noch nicht zwei Monate in Kraft, als eine Reihe von Hypothekendarlehen an den Reichsrat des Gesuch richtete, erneut, und zwar diesmal um 1 Proz. höhere Verwaltungskostenzuschläge zu genehmigen. Der Vorfall wäre für die Arbeiterschaft nicht von großem Interesse, hätte er nicht eine Erhöhung der auf dem Grundbesitz ruhenden Lasten zur Folge, die wiederum eine Erhöhung der Mieten oder bei Siedlern, die oft unter großen Opfern kleine Grundstücke erworben haben und selbst bewirtschaften, eine Erhöhung der Zinslast nach sich zieht. Sie wäre unbedenklich, ja selbst im Interesse des Wohnungsbaues erwünscht, wenn ihr Ertrag Produktionen zweckten, besonders der Herstellung neuer Wohnungen dienen würde. Das ist aber nicht der Fall. Um so mehr muß es befremden, daß dieser Antrag jetzt gestellt wird, wo man im Interesse der Mieter Erhöhungen der Mietzuschläge zu vermeiden sucht.

Abgesehen davon, ist es aber auch unerwünscht, daß die auf lange Frist abgeschlossenen Hypotheken durch Veränderung der Zinshym. Verwaltungskostensätze auf eine unsichere Basis gebracht werden und sich damit der Entwicklung zu "freilebenden" Preisen bedenklich nähern.

Nun ist festzustellen, daß eine ganze Reihe von großen Hypothekendarlehen, die früher ebenfalls die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge gewünscht hatten, das neue Gesetz nicht unterzeichnet haben. Man ist sich sogar in den Kreisen der Interessenten durchaus nicht darüber einig, daß die neuerliche Erhöhung des Hypothekenzinses notwendig ist. Vielmehr ersehen diese Banken, die Ausschüsse durch eine bessere Organisation der Betriebe und durch Ausnutzung der anderwärts, z. B. in der Industrie, sich bietenden Verdienstmöglichkeiten wettzumachen. Es ist mindestens zu hoffen, daß auch die Meinung dieser Kreise gehört wird, ehe der Reichsrat von seinem weitgehenden und in der Volkswirtschaft einschneidenden Recht der Entscheidung Gebrauch macht.

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	1. September		31. August	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs
100 holländische Gulden . . .	45038.75	45061.25	68414.35	68385.65
1 argentinischer Papier-Peso . . .	480.40	461.60	694.20	635.80
100 belgische Francs	6339.30	6661.70	12534.30	12565.70
100 norwegische Kronen	21578.—	21627.—	22903.25	22496.75
100 dänische Kronen	27765.25	27834.75	87458.10	87546.90
100 schwedische Kronen	34056.25	35043.75	46942.—	46458.—
100 finnische Mark	2621.80	2928.70	3695.85	3704.65
1 japanische Yen	619.29	620.80	828.95	831.05
100 italienische Lire	5617.95	5632.05	7440.65	7459.35
1 Pfund Sterling	5593.—	5607.—	7840.15	7859.85
1 Dollar	1298.87	1301.63	1722.84	1727.16
100 französische Francs	10087.85	10112.65	13183.50	13216.50
1 brasilianischer Milreis	170.78	171.22	224.71	225.29
100 Schweizer Francs	24569.25	24690.75	32558.85	32941.15
100 spanische Pesetas	20074.53	20152.15	26766.50	26833.50
100 österr. Kronen (abgef.)	1.78	1.82	2.05 1/2	2.09 1/2
100 tschechische Kronen	8570.15	8579.85	5767.75	5782.25
100 ungarische Kronen	55.68	56.07	76.90	77.10
100 bulgarische Lewas	700.10	710.90	988.75	991.25

Neue Anlage gegen Krull!

Ein Handgranateneinschlag gegen Parvus-Helphand.

Auf Grund der Aussagen, die der Jäger Runge seinerzeit der "Vorwärts"-Redaktion gemacht hat, ist gegen den Leutnant A. D. Krull, wie wir bereits meldeten, das Verfahren wegen Ermordung Rosa Luxemburgs wieder aufgenommen worden. Krull hat nach der bestimmten Aussage Runges den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben, wegen des Diebstahls der Uhr Rosa Luxemburgs ist er bereits zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nun läuft noch Meldung einer Gerichtskorrespondenz gegen Krull und den an der Uhrsaffäre beteiligten Leutnant A. D. Bracht noch ein weiteres Verfahren auf Grund des § 49a StGB. (Vorbereitung von Verbrechen). Beiden Verdächtigen wird vorgeworfen, seinerzeit einen Anschlag gegen Parvus-Helphand bis ins einzelne vorbereitet zu haben. Es handelte sich dabei um einen Handgranateneinschlag gegen Parvus in dessen Villa in Schwannwerder, die in die Luft gesprengt werden sollte. In letzter Minute wurde das Attentat entdeckt und dadurch verhindert.

Wie wir dazu erfahren, ist ein Handgranateneinschlag gegen Genossen Parvus tatsächlich in der geschilderten Weise vor mehr als Jahresfrist versucht worden. Das Berliner Polizeipräsidium erlangte damals Kenntnis von dem Vorhaben und entsandte Mannschaften nach Schwannwerder, die die Ausführung des Planes verletzten. In das Charakterbild der deutschösterreichischen Desperados vom Schlage Krull, Weicherdt, Antermann und Konsorten würde eine solche Tat durchaus passen.

Die griechische Armee in Kleinasien ist nach Londoner Blättermeldungen in sehr traurigem Zustand; der türkische Durchbruch hindert die Verbindung zwischen den griechischen Armeeteilen.

Gewerkschaftsbewegung

Wie das Reichsarbeitsministerium arbeitet.

Tarifverträge, wenn sie für die betreffende Industrie von überwiegender Bedeutung sind, werden allgemein verbindlich erklärt, d. h. ihre Bestimmungen bilden für alle Unternehmer und Arbeiter der betreffenden Industrie die rechtliche Grundlage des Arbeitsverhältnisses. Diese Errungenschaft der Revolution, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer vor der Schmutzkonturrenz schützt, wird durch das Reichsarbeitsministerium in einer Weise gehandhabt, daß der Zweck der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Wir haben in Nr. 352 des „Vorwärts“ vom 28. Juli auf die merkwürdige Anwendung der Verordnung an der Hand des Reichsmanteltarifs für das deutsche Holzgewerbe hingewiesen. Noch viel krasser liegt der Fall bei gewissen landwirtschaftlichen Verträgen.

Das Meierei- und Käsegewerbe, ein Produktionszweig, dessen Betriebe und Berufsangehörige zahlenmäßig wenig in die Erscheinung treten, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung (man denke nur an die Milchversorgung der Städte) eine zweifellos große ist, besteht zu 90 Proz. aus Kleinbetrieben. Beschäftigt werden hier außer einem Verwalter in der Regel 2-3 Meiereigeheissen. Da diese, zumeist jugendliche Leute, fast immer in Kost und Logis bei dem Verwalter bzw. Besitzer sind, so sind sie natürlich der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert.

Um der freien Gewerkschaft, dem Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter, entgegenzuarbeiten, schließen die Arbeitgeber ihrerseits Tarifverträge ab. Das geschieht in der Weise, daß sie sich für irgendeine Provinz als Arbeitgeberverband austun und auch gleich einen

„Arbeitnehmerverband“ aus dem Boden stampfen.

Wie der zwischen diesen beiden Kontrahenten (in Wirklichkeit ist es natürlich nur ein Vertragskontrahent) abgeschlossene „Tarifvertrag“ aussieht, kann sich jeder vorstellen; es genügt, wenn wir hier mitteilen, daß unter anderem für die Provinz Schleswig-Holstein im Jahre 1921 ein Vertrag abgeschlossen wurde, der neben zehnstündiger Arbeitszeit für eine Ueberstunde 75 Pf. festsetzt!

Trotzdem das Reichsarbeitsministerium vom Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter mündlich und schriftlich wiederholt über den Charakter der Tarifkontrahenten — soweit sie sich als Arbeitnehmervertretung ausweisen — informiert wurde, sind eine ganze Reihe derartiger, die Arbeitnehmer dieses Berufes auf das schwerste schädigende Verträge unter der Begründung, „daß sie von überwiegender Bedeutung seien“, vom Reichsarbeitsministerium für allgemein rechtsverbindlich erklärt worden.

Praktisch hat das zur Folge, daß kein Schlichtungsausschuss, der zwecks Festsetzung eines Tarifvertrages angerufen wurde (durch freie Vereinbarung schließen die Arbeitgeber mit der freien Gewerkschaft überhaupt keine Tarifverträge ab), zu keinem Schiedsspruch kommen konnte,

weil ein allgemeiner verbindlicher Tarif besteht.

Aber leider ist diese Tragikomödie damit noch nicht abgeschlossen, sondern durch das Hinzutreten von St. Bureaucratismus bekommt sie noch eine entsprechende Fortsetzung. Da man sich vorher nicht an die einschlägigen Bestimmungen hielt, die den Begriff tarifberechtigter Arbeitnehmerorganisation ziemlich genau umgrenzen, so klammert man sich um so fester an Paragraphen und legt die Verordnung über Tarifverträge vom 18. Dezember 1918 in der Weise aus, daß nur die Vertragskontrahenten Antrag auf Prüfung des bestehenden allgemeiner verbindlichen Tarifvertrages stellen können.

So in Thüringen, Anhalt, Oldenburg, Regierungsbezirk Kassel, Freistaat Hessen und einer ganzen Reihe anderer Bezirke. Die Vertragskontrahenten denken natürlich aus naheliegenden Gründen gar nicht daran, Antrag auf Prüfung im Tarifregister zu stellen, und so laufen die „Tarifverträge“, weil sie doch von „überwiegender Bedeutung“ sind, bis — ja bis die Arbeiter und Angestellten dieses Gewerbes zur Selbsthilfe greifen und die Milchversorgung ganzer Bezirke lahmlegen, was ganz besonders in der heißen Jahreszeit zur Folge hat, daß Hunderttausende von Eltern Milch dem Verderben ausgeliefert werden.

Wenn ja, kann man hier sagen: Verwünscht wird Unsinn, Wohlthat Plage. Es ist Zeit, daß der Reichsarbeitsminister gewissen Beamten seines Ministeriums näher auf die Finger sieht und ihnen begründlich macht, daß sie, trotz ihrer Herkunft und Erziehung, nicht die Interessen der Unternehmer und Agrarier zu vertreten haben.

Die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Der Schiedsspruch abgelehnt.

Das Orlakartell des Afa-Bundes teilt uns mit: Die am 31. August 1922 in den Betrieben getätigte Arbitration hatte das Ergebnis, daß der am 24. August 1922 gefällte Schiedsspruch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Die Ablehnung wurde dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt.

Der Verband Berliner Metallindustriellen hat in der Zwischenzeit zur erneuten Verhandlung am Sonnabend, den 2. September, vorm. 11 Uhr, eingeladen.

Ueber das Ergebnis dieser Verhandlung wird in einer Afa-Funktionserversammlung der Metallindustrie am Montag (siehe Versammlungsanzeige) berichtet und Beschluß gefaßt werden.

Jeder Afa-Funktionär der Metallindustrie ist verpflichtet, unbedingt die Versammlung zu besuchen.

Zur Lage im Buchdruckgewerbe.

Die Krise im Zeitungsgewerbe wirft ihre düsteren Schatten auch auf das gesamte Buchdruckgewerbe. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Woche zu Woche. Eine begründete Unruhe und Erregung macht sich unter den aus dem Produktionsprozeß Ausgeschlossenen bemerkbar. Stehen die Buchdrucker mit ihren Löhnen doch weit unter dem Durchschnitt der Löhne der gelernter Arbeiter. Aus diesem Grunde war es auch unmöglich, sich in den Zeiten der guten Konjunktur einen Notgroschen zurückzulegen und nun machen sich die Lage der Arbeitslosigkeit doppelt fühlbar.

In Demonstrationen zogen die arbeitslosen Buchdrucker in den letzten Tagen vor verschiedene Großbetriebe und vor die Bureaus der Organisation, um Forderungen zu stellen. Sie stellten die Forderung, daß auf 10 arbeitende Kollegen 1 Arbeitsloser eingestellt werde und zur Umänderung der Not eine Beihilfe außer der statutarischen Unterstützung bewilligt werde. Die Ueberarbeit soll generell verboten werden.

Zu diesen Anträgen der Arbeitslosen nahm Donnerstag eine Funktionserversammlung der Buchdrucker in der Buchbinder Stellung. Albrecht vom Gauvorstand gab einen Rückblick auf die Situation im Gewerbe und beleuchtete die Verhältnisse, die sich innerhalb der letzten drei Wochen völlig überflutet hätten. Er legte dann die Stellung des Gauvorstandes zu den Anträgen dar. Der Antrag, auf je 10 Mann einen Kollegen einzustellen, lasse sich unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen schwerlich durchführen. Die Ueberstunden müßten auf alle Fälle auf den äußerst minimalen Satz herabgedrückt werden, um dafür Arbeitslose einzustellen. — Der Extrabeitrag solle um weitere 20 M., also auf 25 M. erhöht werden (Gesamtbeitrag zurzeit 58 M. pro Woche). Dafür solle die Extraträgerleistung pro Woche um 300 M., also auf 450 M. (von der ersten Woche ab) erhöht werden. Hierzu kommen die erhöhten statutarischen Unterstützungssätze. — In einer längeren Debatte wurde das Arbeitslosenproblem völlig aufgerollt und eine Reihe weiterer Vorschläge diskutiert. Einig war man sich darin, daß dem Ueberstundenwelen energisch zuleibe gegangen werden müsse. Der Vorstand müsse eine scharfe Kontrolle vornehmen und Ueberstunden dürften nur mit Genehmigung der Vertrauensleute geleistet werden, die eine genaue Kontrolle zu führen und den Gauvorstand zu berichten haben. Die meisten Redner betonten aber, daß man die gut gemeinte Forderung, auf 10 Kollegen einen einzustellen, jetzt schwerlich durchführen könne. — In der Abstimmung stimmte man dem Vorschlag des Vorstandes in der Beitrags- und Unterstützungsfrage zu. Beschlossen wurde weiter, daß die Betriebsräte resp. Vertrauensleute in den Betrieben in Verhandlungen eintreten, um auf 10 Kollegen möglichst einen unterzubringen.

Einigung in der Knabenkonfektion.

In einer Versammlung der in der Knaben- und Burschenkonfektion beschäftigten Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes am Donnerstag in Haverlands Festfalen berichtete Brandenburger über den Verlauf der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern.

Vom Fabrikantenverband der Berliner Knaben- und Burschenkonfektion sind folgende Zugeständnisse erreicht worden:

Für Stücklohnarbeiter (Werkstatt- und Heimarbeiter) wird der bisher gezahlte Teuerungszuschlag von 3200 auf 4950 Proz. mit Wirkung für alle Sachen, die am 28. August in Arbeit gegangen sind, erhöht.

Arbeiterinnen über 18 Jahre erhalten im Zeitlohn außerdem bei einem Tarifgrundlohn bis 27,50 M. einen Zuschlag von 40 M., bei einem Tarifgrundlohn über 27,50 M. 30 M. Zulage.

Der Tariflohn für Zuschneider wird von 2215 auf 3325 M. erhöht. Zuschneiderinnen erhalten nach einjähriger Lebenszeit wöchentlich 850, nach weiterer einjähriger Tätigkeit 1350, nach zweijähriger Tätigkeit 1615, nach dreijähriger 1935 und nach vierjähriger Tätigkeit 2310 M.

Die Auswirkung dieser Abmachungen ist für Stepperinnen und Garnierinnen eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 39 M. und ein Mehr von 614 M. wöchentlich; für Handnäherinnen, Ausfertigerinnen, Verknüpferrinnen und Futterzurichterrinnen eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 34 M. und ein Mehr von 555,60 M. wöchentlich.

Nach Schluß der Aussprache wurde das Angebot mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Aus der Damenmätel- und Kostümkonfektion.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, Sebastianstr. 87/88, ging uns folgende Notiz zu:

Nachdem nun wieder alle Kreise für Lebensmittel und Verbrauchsartikel gewaltig gestiegen sind, wurden auch für obige Branche neue Lohnforderungen gestellt. Trotzdem die Lohnverhältnisse in der Damenkonfektion nicht die besten sind, wird beim Verlauf der Waren immer wieder gesagt, daß an den Luxuspreisen die hohen Arbeitslöhne schuld sind. Es ist eine recht faule Ausrufe, die daselbst bedeutet wie „Galtet den Dieb!“ Viele Zwischenmeister verstehen es sehr gut, die Heimarbeiterrinnen zu täuschen, so daß noch Mätel und Kostüme zum halben Tariflohn angefertigt werden. Leider sind es vielfach Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder, die den Weg zur Organisation nicht gefunden haben und daher in der heutigen Zeit noch so billig arbeiten. Den Organisierten sind sie ein gewaltiges Hemmnis und bedeuten den größten Schaden für alle. Es ist Zeit, daß auch die dem Verband noch fernstehenden erwachen und sich mit uns zum Kampf gegen Fabrikanten und Meister in Reih und Glied stellen. Sieht man denn nicht den Luxus und das gute Leben derselben? Es ist schwer, die Löhne so hoch zu treiben, wie es nötig ist, wenn nicht alle in dieser Branche Beschäftigten die Forderungen vertreten. Darum ist es unbedingt erforderlich, daß alle Arbeitnehmer der Damenkonfektion die Versammlung am Montag abend 6 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 68/69, besuchen, damit die Arbeitgeber sehen, daß auch die Werkstatt- und Heimarbeiterrinnen der Berliner Damenkonfektion die Lammesgeduld verloren haben und aus ihrem Traum erwacht sind.“

Streik in den Wurstfabriken.

In einer überfüllten Versammlung, die gestern abend bei Boeker, Webersstraße, stattfand, beschloß das gewerbliche und kaufmännische Personal der Wurstfabriken einstimmig, nachdem die Unternehmer sämtliche Forderungen abgelehnt hatten, am Sonnabend früh in den Streik zu treten.

Achtung! SPD-Delegierte zur Generalversammlung der Betriebsräte und zur Gewerkschaftskommission. Sonnabend nachmittags 5 Uhr findet in den „Sophienhallen“, Sophienstr. 17/18, eine wichtige Versammlung der Delegierten zur Betriebsräte-Generalversammlung, sowie der Obleute der Großbetriebe, Richtung K a m e r d a m, statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen ist dringend notwendig. Parteiausweis der USPD. und SPD. legitimiert. SPD-Betriebssekretariat.

Neue Lohnabkommen für Handelsarbeiter. In der Damen-, Blumen-, Kleiderkonfektion, Herren-, Knabenkonfektion und Herrenwäulchen-Branche haben die Lohnverhandlungen am 31. August zu einer Verständigung geführt. In den übrigen Fachgruppen der Bekleidungsindustrie sind Verhandlungen dieser Tage zu erwarten. Tarifabzüge sind im Bureau Zimmer 31 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes gegen Ausweis der Mitgliedschaft erhältlich.

Westlicher Transportarbeiterverband. Bezirk Rhenland und Umgegend. Sonnabend 7 1/2 Uhr bei Stippel, Rhenland, Schürlestraße Str. 3, allgemeine Versammlung des Bezirks. Pflicht aller Kollegen ist es, zu erscheinen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Bezirks 18, Weichenau. Montag 6 1/2 Uhr in der Aula des Realgymnasiums Weichenau, Bezirksversammlung. — Zweite 10, Schulreifeingangsfragen. Dienstag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Mittwoch 6 1/2 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Donnerstag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Freitag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Samstag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Sonntag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Montag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Dienstag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Mittwoch 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Donnerstag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Freitag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Samstag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums. Sonntag 8 Uhr in der Aula des Sophien-Realgymnasiums.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Am Sonntag, den 3. September, findet im Lichtenberger Stadion nachmittags 3 Uhr ein großes Spiel- und Sportfest des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin statt. 100-, 400- und 1500-Meter-Lauf, Hochsprung, Weisprung, Kugelstoßen, Speerwerfen, Olympische Stafette u. a. m. Außerdem Konzert unter Mitwirkung des Männerchors „Freiheitschöre“. Programm 3 M.

- 13. Kreis. Kesselhof, Mariensfeld und Wittenberg. Sonntag, den 3. September. Ausflug nach Mariensfeld. Treffpunkt Bahnhof Mariensfeld. Von dort Abfahrt 8 30 Uhr nachmittags bis Mariensfeld, von hier durch den Wald nach Mariensfeld. Lokal Schöder (unter Mitwirkung des Gefangenenvereins).
- 17. Kreis. Wittenberg. Sonntag, den 3. September, nachmittags 4 Uhr, in Schwarm's Sommer-Theater, Volkstheaterischer Klubabend, bestehend aus Konzert, Gesang, Rezitationen und Tanz. Eintritt 1,50 M. Hohe Preise. Beteiligung erwünscht. — Sonntag, den 3. September, im Lokal Schöder, am Himmelsburger See, Gartenfest der weiblichen Schule. Pfarr-, Edu-Schwarzschicht. Hohe Beteiligung erwünscht.

Heute, Sonnabend, den 2. September:

- Charlottenburg-Spanien. Ab 15. September findet die juristische Sprechstunde wieder statt.
- 15. Abt. 7 Uhr Treffpunkt (Sammler) Großen bei Obllig, Straßburger Str. 11. Entgegennahme wichtiger Mitteilungen.
- 17. Abt. 7 Uhr auf dem Schulhof Tegelstr. wichtige Besprechung Amtlicher Genossen.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Kolonnenstr. 15. Treffpunkt sämtlicher Parteigenossen zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen. Die Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.
- 28. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionsprüfung bei Rechner, Weiglstr. 24.
- 119. Abt. Wittenberg. 7 Uhr Funktionsversammlung bei Sieck, Mühlendorferstraße 42.
- 123. Abt. Kesselhof. 7 1/2 Uhr Funktionsprüfung im Anzenhalm Weidenstraße.
- 137. Abt. Reinickendorf-Weiß. Die Verhandlung der Genossen Baumann findet nachmittags 3 Uhr auf dem Gemeindefesthof, Humboldtstraße, statt.

Morgen, Sonntag, den 3. September:

- 3. Abt. Ausflug mit den Frauen nach Himmelsburg. Treffpunkt Gen. Otto Renner. Abfahrt mit dem Omnibus- oder Stadtbahn. Treffpunkt nachmittags 9 Uhr am Bahnhof in Wannsee. Rundtourist ist mitzubringen.
- 21. Abt. Früh 10 Uhr außerordentliche Funktionsversammlung bei Haverlands, Weichenau, Weichenau.
- 25. Abt. Familienausflug nach Wittenberg. Lokal Kuch. Berliner Str. 2. Treffpunkt 9 1/2 Uhr nachmittags Treffpunkt-Platz. Gänge mitkommen.
- 23. Abt. Charlottenburg. Familienausflug nach der Wäldemühle, Haus Melina. Treffpunkt mittags 12 Uhr bei Zur, Himmelsburg 1.
- 65. Abt. Reinickendorf. Früh 9 Uhr bei Geiger, Weidenstraße 9. wichtige Konferenz der Funktionäre und Vertrauensleute sowie der Kreisleiter. Wichtiges Tagesprogramm. Jeder Parteimitglied muß teilnehmen. Männerchor Berlin-Mitte. Ausflug nach Himmelsburg. Restaurant Japan. Treffpunkt Sietziner Bahnhof 8 1/2 Uhr früh. Die Abteilungen werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.

Jugendveranstaltungen.

Kiderna, Mitteilungsblatt! Die Debatte zum Spacifix müssen spätestens am 12. Uhr im Stadion, die besonders besorgten Abteilungen um 1/2 Uhr anwesend sein. Alle nicht verlaufenen Theaterkarten zum 10. September sind unbedingt mitzubringen.

Arbeiter Sport.

Arbeiter-Sportklub-Verband Solidarität, Berlin. 1. Abteilung: Sonntag früh 6 Uhr Heiligensee Badetur. Diener. Mittags 1 Uhr Sanktinsel. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Kesselhof, Stettin-Wannsee, Weichenau.

Die Freie Turnerschaft Wilmersdorf hält am Sonntag, den 3. September, auf ihrem Vereinsgelände in der Wilmersdorfer Straße (unweit Friedrichsplatz) in Verbindung mit der Ausrichtung der Weichensportfesten 4. Bezirks ein offenes Sportfest ab. Da Konkurrenz aus Steglitz, Rathenow, Potsdam, Brandenburg, Magdeburg und Groß-Berlin am Start sind, darf man interessante Kämpfe erwarten. Der Kampf vormittags 9 Uhr. Hauptkampf nachmittags 2 Uhr. Der Festabendbetrieb wird in nächster Woche wieder aufgenommen. Auskunft beim Sportfest. Alle Genossen, die mit ihrem Gut und Blut an der Erleichterung des Turnplatzes beteiligt waren, werden am Sonntag erwartet.

Die Freie Turnerschaft Reinickendorf beacht am Sonnabend, den 2. September, in der Reuen Str. Hohenstraße, ihre 27. Gründungsfeier. Beginn abends 7 1/2 Uhr.

Ein großes Spiel- und Sportfest im Lichtenberger Stadion veranstaltet am Sonntag, den 3. September, der Verein Arbeiterjugend. Zum Antrag kommen 100-Meter-Lauf, Württemberg für Mädchen, Olympische Stafette für Jungen, 200-Meter-Lauf für Mädchen, Faustballwettkämpfe, Kugelstoßen, Speerwerfen, Hoch- und Weisprung, Turnen der Vereinsdarbietende, 400- und 1500-Meter-Lauf, zum Schluß Reigenmusik und Fackelmärsch. Programm 3 M. Im Vorverkauf bei den Abteilungsleiterinnen 2,50 M. Parteigenossen und -genossinnen, unterstützt zahlreich diese Veranstaltung. Alle Debatte müssen spätestens um 9 Uhr auf dem Sportplatz sein.

Ein großes Werbe-Sportfest veranstaltet der Arbeiter-Sport-Kartell, Bezirk Pantow, am Sonntag, den 3. September, auf dem Gemeindefestplatz an der Wäldemühle. Beginn der Wettkämpfe 7 1/2 Uhr morgens. 11 Uhr Antritt zum Umzug auf dem Andreas-Hofer-Platz. Um 1 Uhr Beginn der Veranstaltung. — Dienstag, den 4. September, wichtige Parteiverammlung bei Schöder, Pantow, Florstr. 15. Eingang Oberstraße, pünktlich 7 1/2 Uhr. Endabrechnung vom Sportfest.

Benachrichtigung für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Gode, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Druck 1. Auflage.

Deutsche Teigwaren

Makkaroni, Nudeln, Hörnchen schaffen körperliches u. geistiges Wohlbefinden, Vollgefühl der Kraft und Arbeitsfreudigkeit.

FEINE MILDE

CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!